Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 12. Januar 1928 — Nummer 10

Das Noske-Aufgebot

Gustav bestätigt die Kandidatur

Die Vossische Zeitung gibt ein Interview ihres Hannoveranischen Vertreters mit Gustav Noske wieder, das dieser demselben bezüglich seiner Reichstagskandidatur gewährte. Das Interview bedeutet eine klatschende Ohrfeige für den Vorwärts und den SPD-Parteivorstand, der noch vor einigen Tagen die Kandidatur Noskes „dementierte". Noske behauptet zwar auch in seinem Interview, daß er **noch nicht als Reichstagskandidat aufgestellt ist.** Das haben wir auch niemals behauptet. Im übrigen aber bestätigt er alles, was wir über seine Kandidatur sagten. Er erklärte:

„Ich bin als Reichstagskandidat nicht aufgestellt worden. Richtig ist lediglich, daß an mich wiederholt die Frage gerichtet worden ist, ob ich evtl. geneigt sein würde, zu kandidieren. Das habe ich nicht grundsätzlich abgelehnt und lehne ich nicht grundsätzlich ab. Wenn ich jetzt lese, daß meine Kandidatur für die Sozialdemokratische Partei untragbar sei und unfehlbar großen Stimmenverlust zur Folge haben müßte, so ist das lediglich eine Auffassung, die aus den Kreisen kommt, die früher meine schärfsten politischen Widersacher waren.

Die Unkenrufe stehen in einem merkwürdigen Widerspruch zu der Tatsache, daß ich aus den verschiedensten Teilen des Reiches immer wieder gedrängt werde, in Versammlungen zu sprechen. In den verhältnismäßig wenigen Fällen, in denen ich solchen Aufforderungen folgte, wiesen diese Versammlungen riesenhaften Besuch auf. Es ist mir hinterher wiederholt ausdrücklich in Dankschreiben bestätigt worden, daß die erzielten Erfolge nicht zuletzt meiner Mitwirkung zu danken gewesen seien. Ich sehe dem Spektakel in einem Teil der Presse mit heiterer Gelassenheit zu und denke nicht daran, mich auf Auseinandersetzungen vorerst einzulassen."

•

Noske schaut mit „heiterer Gelassenheit" zu. Er hat die Absicht, zu kandidieren. Der Spektakel wird ja nur von seinen früheren schärfsten Widersachern aufgeführt. Das heißt deutlich genug ausgesprochen, daß die anderen, die nicht seine früheren Widersacher sind, also der Parteivorstand, nicht gegen seine Kandidatur ist. Das ist die Bestätigung unserer Behauptung, wegen der die Volkszeitung uns wütend angreift. Daß Noske **noch** nicht aufgestellt ist, haben wir selber festgestellt, aber er hat die Absicht, zu kandidieren, und die Parteileitung der SPD ist nicht dagegen. Die eigenen Feststellungen Noskes schlagen dem verlogenen Geschrei der Volkszeitung ins Gesicht. Diese sogenannten Linken müssen jetzt schon einen anderen Dreh finden, um ihren Anhängern klarzumachen, daß die Kommunisten „unrecht" haben.

Die Kommunisten haben, wie auch beim Schulgesetz, wie bei der Frage der Reichstagsauflösung, der angeblichen Unstimmigkeit des Bürgerblocks, auch Recht behalten in der Frage der Noskekandidatur.

Diese SPD-Führer können in Anbetracht der Tatsachen nicht erklären, es handle sich um eine häusliche Angelegenheit der SPD. Die SPD buhlt ja um die Stimmen auch der Arbeiter, die nicht in der SPD sind. Die Kandidatur Noskes ist eine für die gesamte Arbeiterschaft eminente politische Frage. Wir haben schon gezeigt, was diese Kandidatur bedeutet, Blutkurs gegen die Arbeiter, Bündnisangebot der SPD-Führer an die brutalsten Klassenfeinde, Bekenntnis, jeden Diktaturkurs gegen die revolutionären Arbeiter mitzumachen. Das aber geht die gesamte Arbeiterschaft an. Die SPD-Zeitungen versuchen, krampfhaft die Tatsache des Noskeanmarsches zu vertuschen. Ganze Seiten über die Verbannung der Trotzki und Genossen müssen zu diesem Zweck herhalten. Daneben werden die Arbeiter plump angelogen. An den Behauptungen der Kommunisten sei kein wahres Wort. Heute deckt die Erklärung Noskes selbst die Verlogenheit der Volkszeitung, der gesamten rechten und „linken" Blätter, die erklärten, es sei „kein wahres Wort" an Noskes Kandidaturabsichten, auf. Wir wollen auch hier nochmals feststellen, daß vor uns der Klassenkampf, das Organ der sogenannten linken Führer der SPD die Meldung von der Noske-Kandidatur brachte. „Noske aute Portas" schrieb damals der Klassenkampf. Auch diese Meldung, die in allen SPD-Zeitungen schon besprochen, nirgends abgeleugnet wurde, stützten sich unsere Meldungen. Der Vorwärts schwieg, ebenso schwieg die Volkszeitung. Erst als der Parteivorstand seine verlogene Erklärung herausgab, fand auch die Volkszeitung die Sprache. Sie erklärte, Noskes Kandidatur gehe uns nichts an, sie bettelte Noske an, nicht zu kandidieren.

Noske hat jetzt geantwortet, **er denkt nicht daran, zu verzichten.** Er erheitert sich über die „linken" Maulhelden. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die auf die verlogene Erklärung der Volkszeitung noch hereingefallen sind, die noch behaupteten, daß keineswegs Noske aufgestellt werde, sehen hier, daß Noske selbst erklärt, er denke daran zu kandidieren. Die Ausführungen Noskes zeigen, daß der Parteivorstand zu Noske steht. Nicht die verlogenen Erklärungen der SPD-Zeitungen verhindern den Noskekurs, verhindern Noskes Kandidatur. Nur der Entrüstungssturm der Massen kann die Kandidatur Noskes verhindern. Aber auch dann wird die SPD den Noskekurs steuern. Die Massen der Arbeiter müssen sich abwenden von dieser Partei des Verrats, des Betrugs und der Koalition mit den Kapitalisten.

Mexiko und der amerikanische Imperialismus

Der Entschluß der mexikanischen Regierung, die Petroleumgesetze im Sinne der Forderungen der amerikanischen Regierung zu revidieren, schließt zunächst eine Periode schwerer innerer und äußerer Kämpfe ab, die die letzten Jahre erfüllten. Schon seit über 50 Jahren griffen die Vereinigten Staaten in alle inneren Auseinandersetzungen des Landes ein, suchten die scharfen Klassengegensätze zwischen den spanischen Großgrundbesitzern und der Masse der entrechteten indianischen Bauern für ihre Zwecke auszunutzen, indem sie jede mexikanische Regierung zum Sturz brachten, die nicht geneigt war, dem amerikanischen Handel ein faktisches Monopol zu gewähren. Seit der Entdeckung der mexikanischen Erdölvorkommen und noch mehr seit der Feststellung der Amerikaner, daß ihre eigenen Petroleumreserven nur noch auf wenige Jahrzehnte reichen und dringend der mexikanischen Ergänzung bedürften, hat sich diese Lage weiter verschärft; amerikanische Petroleumgesellschaften faßten in Mexiko Fuß, investierten im Laufe der Zeit Riesenbeträge, die schon vor dem Kriege 800, heute wohl bereits über 1300 Millionen Dollar erreichten. Anderseits erwarben auch englische Gesellschaften (die der Gruppe Shell-Kompanie angehören) in Mexiko Petroleumfelder — und es lag nahe, daß die wechselnden mexikanischen Regierungen gegenüber diesen ausländischen Einflüssen eine gewisse Unabhängigkeit zu bewahren suchten, indem sie englisches und amerikanisches Kapital gegeneinander ausspielten. Der amerikanische Imperialismus hatte demgegenüber einerseits die finanziellen Machtpositionen zur Verfügung, die ihm dadurch gegeben waren, daß er zur Sanierung der bankrotten mexikanischen Staatsfinanzen immer wieder große Anleihen gewähren mußte — anderseits gab es direkte Mittel: sobald eine mexikanische Regierung dem englischen Kapital allzusehr entgegenkommen wollte, unterstützte Amerika durch Waffenlieferungen, gelegentlich auch durch Entsendung von Freischärlern eine mexikanische „Revolution", die dann auch prompt zum Sturze der bekämpften Regierung und zur Einsetzung einer neuen führte. Aber indem der amerikanische Imperialismus die andauernden mexikanischen „Revolutionen", d. h. Generalputsche finanzierte, schuf er sich seinen schlimmsten Feind: die **wirkliche Revolution.** Allmählig begannen die Bauern, die bisher nur das Kanonenfutter für putschende Generale abgegeben hatten, ernstlich in Bewegung zu kommen: Obregons Gruppe konnte schon nur mehr mit ihrer Hilfe die Macht erobern, und was wichtiger war, gegen den Widerstand der Großgrundbesitzer und der sie unterstützenden katholischen Kirche behaupten. Gleichzeitig machte besonders seit dem Kriege die Industrialisierung des Landes gewaltige Fortschritte: die mächtige — obwohl durchaus reformistisch eingestellte — und von den Gompersleuten stark beeinflußte Gewerkschaftsbewegung wurde zu einer Hauptmacht im Lande, auf die sich die Regierung stützen mußte, wenn sie mit den von der Kirche im Interesse der Junker organisierten Aufständen fertig werden wollte. Es gelang — aber nun zwang der Druck der mobilisierten Massen die Regierung dazu, die Versprechungen, die man im Laufe der aufeinanderfolgenden Revolutionen gemacht hatte, zu verwirklichen: 1924/25 wurden die Gesetze beschlossen, die die politische Macht der katholischen Kirche und den Analphabetismus, ihre Hauptstütze, brechen sollten — und unmittelbar darauf wurde beschlossen, die den Großgrundbesitz enteignenden Bestimmungen der Verfassung von 1917 (die damals unter Carranza als leere Versprechung an die aufständischen Bauern beschlossen worden war) mit Ende des Jahres 1925 in Kraft treten zu lassen.

Die heiligsten Güter der amerikanischen Nation waren gefährdet — die Regierung provozierte unter dem Einfluß der Petroleumgesellschaften mit allen Mitteln einen Konflikt mit Mexiko. Zunächst fielen amerikanische Truppen im November 1926 in Nikaragua ein, um Mexiko, so wie von Norden, auch von Süden umklammern zu können. Dann begann die Pressehetze gegen Mexiko, das angeblich den nikaraguanischen Widerstand gegen den amerikanischen Imperialismus unterstützt hatte, es folgten Drohnoten: Ende Dezember des Jahres 1926 beschlossen die Petroleumgesellschaften, sich der neuen Bodengesetzgebung nicht zu unterwerfen — und die mexikanische Bourgeoisie, die auf die Gegensätze zwischen dem englischen und dem amerikanischen Erdölkapital spekuliert hatte, erlitt die erste große Enttäuschung: angesichts der allgemeinen Machtverhältnisse und angesichts seines Bestrebens, in China freie Hand zu bekommen, wagte der englische Imperialismus kein selbständiges Vorgehen; die englischen Erdölgesellschaften schlossen sich dem Vorgehen der amerikanischen an.

Anfang Januar 1927 spitzten sich die Beziehungen zu Amerika aufs äußerste zu, die amerikanische Presse eröffnete eine wüste Kampagne gegen die „bolschewistische Diktatur" — der Krieg schien unmittelbar bevorzustehen. In dieser Situation begann im Januar unter Führung des Erzbischofs **Ibanez** der Aufstand zugunsten der Großgrundbesitzer, der moralisch und durch Waffensendungen von Amerika her unterstützt wurde.

Wider alles Erwarten ward die amerikanische Regierung mit der Konterrevolution fertig: der Terror der bewaffneten

Nach acht Stunden den Betrieb verlassen

Verschärfung des Kampfes in Riesa

Wie uns aus Riesa-Gröba gemeldet wird, hat die Belegschaft des Eisenwerkes in Riesa-Gröba nach acht Stunden, bis auf das Martinwerk, geschlossen den Betrieb verlassen. Trotzdem die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch das Reichsarbeitsministerium erfolgt ist, hat sich die Belegschaft nicht beirren lassen, den Kampf um den Achtstundentag fortzusetzen. Im Martinwerk wird ja acht Stunden in drei Schichten gearbeitet. Sonst sind im Betrieb nur Meister, Vorarbeiter und einzelne Personen vorhanden, die dem Kampf um den Achtstundentag ausweichen.

•

Wir begrüßen diesen entschlossenen Schritt der Belegschaft in Riesa-Gröba. Er zeigt, daß sich die Arbeiterschaft weder durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch das Reichsarbeitsministerium, noch durch die Manöver der Direktion und dem gestern von uns veröffentlichten Anschlag hat beirren lassen. Die Absicht der Direktion hat das Gegenteil erreicht. Das ist um so erfreulicher, als die Arbeiterschaft dieser Werke damit beweist, daß sie wirklich gewillt ist, ernsthaft um gewerkschaftliche Grundforderungen zu kämpfen. Aufgabe des ADGB Sachsens und vor allem des Metallarbeiterverbandes, ist es jetzt, den Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Für die Arbeiter in der Sächsischen Gußstahlfabrik in Freital-Döhlen und im Stahlwerk Pirna muß die Kampfmaßnahme der Lauchhammerarbeiter das Signal zum Solidaritätskampf sein, keinen Tag länger darf der Kampf in Riesa isoliert bleiben. Die Belegschaften dieser Betriebe müssen sofort Stellungnahme zur Unterstützung der Lauchhammerarbeiter erzwingen und Kampfbeschlüsse herbeiführen. Auf der ganzen Linie muß der Kampf der sächsischen Hüttenarbeiter um den Achtstundentag entbrennen.

Kämpfe in Oberschlesien

Breslau, 11. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Die Eisenindustriellen in Ost-Oberschlesien versuchen jetzt, genau wie ihre Kumpane in Rheinland-Westfalen, den für die Eisen- und Stahlindustrie gefällten erbärmlichen Schiedsspruch noch zu verschlechtern, indem sie die darin für bestimmte Arbeiterkategorien vorgesehene sofortige Einführung des Achtstundentages spätestens ab 9. Januar sabotieren. Die Arbeiterschaft hat diese Provokation sofort damit beantwortet, daß sie in einer Reihe von Betrieben am Montag nach achtstündiger Arbeitszeit ihre Arbeitsstätten verlassen hat.

Aber auch die übrige Arbeiterschaft, für die die Durchführung des achtstündigen Arbeitstages erst bis 1. August 1928 vorgesehen ist, drängt darauf, daß die Einführung des Achtstundentages für die gesamte Arbeiterschaft sofort erfolgt. Deshalb sind die Arbeiter unter anderem in der Bismarck-, Friedens-, Kunigunden- und Ferrum-Hütte in den Streik getreten, die der Berichterstatter des Berliner Tageblattes als „wilde Streiks" bezeichnet. Derselbe teilt noch mit, daß er erfahren hat, daß die Regierung ihre Verordnung nicht revidieren wird, da sie der wirtschaftlichen Lage der Hüttenindustrie Rechnung tragen muß (!!). Die Hüttenbarone drohen mit der Gesamtaussperrung der Arbeiterschaft.

Bauern zerschlug die christlichen Mörderbanden, die städtischen Arbeiter erstickten alle Putschtendenzen in der Armee im Keime. Aber die mexikanische Bourgeoisie bekam nun Angst vor den Geistern, die sie gerufen: als die Bauern nicht mehr, wie sie es so oft getan — nach der Niederwerfung der Gegenrevolution die Waffen abgeben wollten, sondern vielmehr daran gingen „eigenmächtig" die Gutshöfe niederzubrennen und die Gutsherren zu erschießen, da sahen die Regierenden — einschließlich der reformistischen Gewerkschaftsführung — ein, daß es nun Zeit sei, mit Amerika Frieden zu machen: seit dem 1. April 1927 wurde durch allerlei „technische" Maßnahmen die Durchführung der Bodengesetze hinausgeschoben. Nochmals, im Oktober 1927, als eine reaktionäre, von Amerika unterstützte Offiziersverschwörung die Präsidentenwahlen durch einen Militärputsch vereiteln wollten, wurde die Lage der Calles-Regierung kritisch: aber diesmal gelang es ihr, ohne breite Massenmobilisierung, bloß mit Hilfe der treugebliebenen Truppenteile, den Putsch niederzuwerfen. Für den amerikanischen Imperialismus war es klar, daß ohne offenen Krieg Mexiko nicht zu unterwerfen war — und für die mexikanische Bourgeoisie war es ebenso klar, daß ein ernster Versuch zur Behauptung der wirtschaftlichen Selbständigkeit nur möglich war, wenn man die Arbeiter und Bauern aufrief, das Land gegen die nordamerikanischen Räuber zu verteidigen — und das wollte sie natürlich nicht. Anderseits kann der amerikanische Imperialismus, der unmöglich den ganzen Kontinent militärisch erobern kann, nicht auf die „friedliche Durchdringung" Mittel- und Südamerikas verzichten: ein Krieg mit Mexiko wäre dazu im gegebenen Augenblick höchst unangebracht gewesen. Gegen die stürmischen Proteste des amerikanischen Erdölkapitals, das auf seinen erfolgreichen Feldzug nach Mexiko nicht verzichten wollte, wurde schon im September 1927 D. Morrow — Teilhaber der Firma Morgan, zum amerikanischen Botschafter in Mexiko ernannt — ein Sieg der Anhänger der „friedlichen Durchdringung". Und die mexikanische Bourgeoisie, die den Schrecken der Revolution schon an der Wand erblickt hatte, fand sich gern bereit, sich „friedlich durchdringen" zu lassen. Im Dezember erklärte der mexikanische oberste Gerichtshof die Oelgesetze für verfassungswidrig. Während der Zeitungskönig Hearst im Auftrage der Petroleumkönige einen letzten Versuch zur Kriegshetze gegen Mexiko (durch Veröffentlichung gefälschter Dokumente über angebliche Bestechung amerikanischer Senatoren durch Mexiko) unternahm, veranstaltete das offizielle Amerika durch den Flug Lindberghs eine Demonstration der Versöhnung — verbunden zugleich mit einer ernsten Mahnung: diese unsere Flugzeuge können auch Bomben auf eure Städte werfen. Die Drohung war nicht nötig: Am Jahreswechsel kündigte der mexikanische Präsident die Aufhebung der das amerikanische Kapital störenden Oelgesetze an — und gleichzeitig begann eine verstärkte Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung, mit deren Vertretern Calles noch im März Begrüßungstelegramme getauscht hatte. Der Friede mit Amerika ist geschlossen — der Krieg der mexikanischen Bourgeoisie gegen die Arbeiter und Bauern kann beginnen.

Blutiger Faschistenüberfall in Stettin

Stettin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand hier eine öffentliche Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei statt. Das Referat wurde trotz unerhörter Provokationen bis zu Ende angehört. Dagegen kam es nach einer sachlichen Diskussionsrede eines kommunistischen Redners zu einem regelrechten Ueberfall der faschistische Banditen auf die revolutionären Arbeiter. Die Versammlungsleitung verweigerte nämlich Arbeitern, die sich noch zur Diskussion gemeldet hatten, das Wort und wollte trotz stürmischen Widersprüchen der Versammlungsmehrheit einfach das Schlußwort erzwingen. Als sie damit nicht durchkam, begann die nationalistische Kapelle mit dem Spielen faschistischer Lieder. Daraufhin verließen die Massen mit dem Gesang der „Internationale" demonstrativ den Saal. Die nationalsozialistischen Stoßtruppe begannen jetzt mit Biergläsern, Stühlen, Knüppeln und Totschlägern auf die Arbeiter loszuschlagen und zu stechen. Erst als sich die Arbeiter ebenfalls rücksichtslos zur Wehr setzten, griff die Polizei ein und schoß angeblich nur mit Schreckschüssen. Zwei Versammlungsteilnehmer wurden schwerverletzt. Die Polizei drang dann in den Saal ein, aus dem der größte Teil der Nationalsozialisten schon verschwunden war, und nahm bei dem Rest eine Durchsuchung vor, wobei bei den Nationalsozialisten 5 Schlagringe, 4 Gummiknüppel, 1 Pistole, 1 Trommelrevolver, 2 Totschläger und 3 Dolche gefunden wurden.

„Verbannung nach Sibirien"

Die russische Konterrevolution, die liberale Börsendemokratie, die Noske-Sozialdemokratie, die Maslow-Bande und der Trotzkismus

Vorgestern veröffentlichte das Berliner Tageblatt eine „verspätete" Meldung ihres Moskauer Korrespondenten, in der die „Verbannung" aller aus der KPdSU ausgeschlossenen Oppositionsführer nach Sibirien mitgeteilt wurde. Wir hätten keine Veranlassung zum Inhalt dieser Meldung Stellung zu nehmen, solange nicht direkte Nachrichten von der dafür zuständigen Stelle der Sowjetunion selbst vorliegen. Wie oft wurden Trotzki und Sinowjew, Kamenew und Rakowski usw. nicht schon durch die internationale Pressejournaille ermordet, verhaftet, nach Sibirien verschickt usw. Wenn man sämtliche Meldungen der Völkerbundsjournaille auf diesem Gebiete hätte dementieren wollen, so müßte man zu diesem Zwecke eine besondere Redaktion einrichten. Und wenn man auf die objektive Berichterstattung der liberalen Börsenpresse verweist, so genügt die Erinnerung an das Wiener Schwesterorgan des Berliner Tageblattes, die Neue Freie Presse, die einen von amerikanischen Pressetrolchen verfaßten angeblichen Artikel Stalins als Originalinterview in sensationellster Aufmachung brachte. Und daß dieser Artikel damals seinen Eingang auch im Organ Stampfers und dessen zahlreichen Provinzablegern fand, ist bei der Geistesverfassung der sozialdemokratischen Redaktionen nicht weiter verwunderlich.

Wir hätten also, da auch die gestern von uns wiedergegebene Meldung des Wolffschen Bureaus aus Moskau nicht die nötige Klarheit schafft, keine Veranlassung, Stellung zu nehmen, solange nicht authentische Meldungen aus der Sowjetunion vorliegen — wenn es nicht nötig wäre, der klassenbewußten Arbeiterschaft auch an diesem Beispiele zu zeigen, wie schnell sich die ganze Reaktion von Theodor Wolff über Stampfer und Maslow bis zum Grafen Westarp zusammenschließt, wenn es gegen die Sowjetunion geht.

Wir denken nicht daran, es dem Vorwärts gleichzutun, der noch immer nicht gewagt hat, den sozialdemokratischen Arbeitern klaren Wein über die Kandidatur Noskes einzuschenken. Ohne die tatsächlichen Vorgänge, die vielleicht der Sensationsmeldung des Berliner Tageblattes entgegenstehen vorweg zu nehmen, wird die klassenbewußte Arbeiterschaft vorbehaltlos **das Recht und die Pflicht des proletarischen Staates, der gegen eine Welt von Feinden kämpft, mit allen staatlichen Mitteln die inneren Feinde niederzuschlagen, anerkennen.**

Die liberalen Börsenjournalisten, die Sozialdemokraten Noskes und ihre Koalitionsfreunde aus dem Lager Maslows tun so, als ob sie zum ersten Male erfahren, daß in Rußland die Diktatur des Proletariats herrscht. Und diese Diktatur besteht — man höre und staune — eben auch darin, daß die Unterdrückung der konterrevolutionären Bourgeoisie und all ihrer Helfershelfer nicht mit dem Mantel der Demokratie zugedeckt, sondern offen vor den Augen der ganzen Welt vollzogen wird. Wenn deshalb der Sowjetstaat beispielsweise die Anhänger der Gruppe Sapronow, die auf dem Parteitage der Kommunistischen Partei der Sowjetunion als konterrevolutionäre Gruppe charakterisiert wurde, mit allen Mitteln der Staatsgewalt verfolgt, genau so wie in den Jahren 1918 und 1919 die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die bewaffnete Aufstände gegen die proletarische Diktatur organisierten, so tut er nicht mehr wie seine proletarische Pflicht.

Die Gruppe Trotzki befindet sich zwar noch nicht in der Lage der Anhänger Sapronows, aber eine Fortsetzung ihrer Politik vor dem Parteitage der KPdSU, die Organisierung von Straßendemonstrationen gegen die Sowjetregierung und die Partei, eine sowjetfeindliche Propaganda unter den parteilosen Arbeitern, eine Verbindung mit weißgardistischen Elementen kann sie auf den Weg der Sapronowgruppe führen. Die Sowjetregierung tut sicherlich Recht daran, wenn sie alles tut, um die Trotzkisten von diesem Wege abzuhalten. Wenn die Sowjetregierung also den Trotzkisten, die es verwirkt haben, an der Leitung des proletarischen Staates mitzuarbeiten, Gelegenheit gibt, zu beweisen, daß sie nicht den Weg der offenen Konterrevolution gehen wollen, indem sie diese in den unteren Organen des Staates arbeiten läßt, so beweist sie eine revolutionäre Großmut, deren die Trotzkisten eigentlich gar nicht wert sind.

Und hier setzt scheinbar die Sensationskanaille ein. Als beispielsweise Smilga vor mehreren Monaten zum Vorsitzenden einer Planwirtschaftskommission eines sibirischen Gouvernements bestimmt wurde, da brüllte die Einheitsfront von Theodor Wolff bis Maslow: „Verbannung der Opposition nach Sibirien". Aehnliches kann sich jetzt in vergrößertem Ausmaße zutragen. Aber gesetzt den Fall, Trotzki würde für irgendeine Arbeit in einen der sibirischen oder kaukasischen Gouvernements bestimmt werden, welch ein Verbrechen des proletarischen Staates — in den Augen der liberalen und menschewistischen Sowjetfeinde. Die kommunistischen, aber auch sonst denkende Arbeiter wissen beispielsweise, daß in Sibirien bis in seinen entferntesten Winkel Zehntausende von Kommunisten arbeiten, die treu für die Sache des Sowjetstaates und der Revolution stehen. Der Vorwärts bejammert die armen oppositionellen Führer, „die 500 Kilometer von der Eisenbahn entfernt", ihr armseliges Leben fristen müßten. Tausende von Kommunisten, die nicht so wie Trotzki und Sinowjew die Disziplin der Partei gebrochen und dem Sowjetstaat nicht solchen Schaden zugefügt haben, arbeiten Hunderte von Kilometern von der Eisenbahn entfernt. Sind alle die nach Sibirien verbannt? Natürlich besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen diesen Kommunisten und den Trotzkisten, die durch ihre Handlungen eine Kluft zwischen sich und der Partei aufgerissen haben. Aber nach unserer Meinung müssen diese Trotzkisten dem Sowjetstaat dankbar sein, wenn er ihnen überhaupt noch eine Möglichkeit gibt, sich im Rahmen des proletarischen Staates zu betätigen. Das ist die Wahrheit über das System der Verbannung der Trotzkisten nach Sibirien. Es ist auch absolut möglich, daß Anhänger Sinowjews dieses „schwere Los" der Arbeit in Sowjetinstitutionen außerhalb Moskaus auf sich nehmen müssen. Auch sie halfen objektiv der Konterrevolution.

Die Einheitsfront der Reaktion brüllt: „Zurück zum Zarismus." Den Maslows, den Stampfers, den Theodor Wolffs und anderen Soldschreibern der Konterrevolution ist jeder Anlaß gut genug, um daraus Kapital gegen die Sowjetunion zu schlagen.

Je enger sich die liberalen, die sozialdemokratischen und die maslowitischen Feinde des konterrevolutionären Sowjetstaates umarmen, desto eher wird die Arbeiterschaft ihren wahren Charakter erkennen. Mögen sie weiter über „Verbannung nach Sibirien" brüllen. Die Sowjetunion wird sich durch ihr heiseres Geschrei in ihrer Pflicht der Verteidigung gegen die Feinde nicht stören lassen.

Genosse Koenen zum Stadtverordnetenvorsteher von Merseburg gewählt

Die erste Stadtverordnetensitzung nahm zur Präsidiumwahl Stellung, die mit einem den bürgerlichen unerwünschten Ausgang endete. Von der bürgerlichen Mehrheit der 17 Stadtverordneten, gegenüber 13 Abgeordneten der Linken, fehlten 6 bürgerliche Abgeordnete. So erhielten bei der Wahl zum Vorsteher der bisherige demokratische Stadtverordnetenvorsteher Junker und Genosse Koenen je 11 Stimmen. Auch die Sozialdemokraten hatten für Genossen Koenen die Stimme abgegeben. Jetzt mußte das Los entscheiden und — es entschied für den Kommunisten. Zum ersten Male nimmt damit in Merseburg ein Kommunist den Stadtverordnetenvorsteherposten ein. Als stellvertretender Vorsteher wurde Daniel (SPD) gewählt.

Gegen den Mordterror in China

Moskau, den 11. Januar.

Heute abend fand in Moskau im Gewerkschaftshause eine von der IKH und der Gesellschaft „Hände weg von China!" einberufene Protestversammlung gegen den weißen Terror in China statt. Nach der Eröffnungsrede des Genossen Raikolnikow schilderte Genosse Losowski die Ereignisse in China im letzten Jahr und erklärte unter anderem:

Obwohl gegenwärtig die chinesische Revolution mit Hilfe des internationalen Imperialismus unterdrückt ist, kann man nicht vom Siege der Konterrevolution in China sprechen. Die chinesische Revolution verfügt über ungeheure Reserven. An Stelle der Gefangenen werden neue Kämpfer treten.

Nach Losowski sprachen Vertreter der IKH, der KP Polens, des westlichen Weißrußlands, Indiens, Japans und Chinas.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, die der Solidarität mit der chinesischen Revolution Ausdruck gibt und die Werktätigen der Sowjetunion auffordert, das für die Freiheit kämpfende chinesische Volk zu unterstützen.

Elf Mädchen von Wölfen zerrissen

Die Dresdner Nachrichten lassen sich aus Ungarn berichten: Im hohen Gebirge von Máramaros — eine auch zu gewöhnlichen Zeiten kalte Gegend — herrscht zufolge der allgemeinen Kälte in Mitteleuropa ein sehr strenger Winter. Es wurden schon viele Hirten erfroren aufgefunden, die landesüblich mit ihren Tieren den Winter im Freien durchmachen. Den größten Schrecken der Umgebung bilden aber die Wölfe, die in den stark verschneiten Waldungen keine Nahrung finden.

Die Mittelstandsfamilien in Máramarossziget haben eine besondere Vorliebe für Dienstmädchen aus Nagybánya, die gewöhnlich nach Neujahr ihren Dienst antreten. Wie alljährlich, so auch diesmal, fuhren die Mädchen aus Nagybánya mit dem Lokalzug ab, der jedoch bloß bis Sugatag führt. Von Sugatag (sprich Schugatag) trat eine Gruppe von zwanzig Mädchen die Weiterreise zu Fuß an.

In fürchterlicher Kälte, laut singend, gingen diese Mägde ihres Weges, als sie plötzlich von einer Wolfshorde angegriffen wurden. Nach Hilfe schreiend, ergriffen die Mädchen die Flucht. Elf von ihnen wurden aber von den Wölfen eingeholt und im Nu zerrissen und aufgefressen. Der traurige Vorfall bildet selbstverständlich in Máramarossziget und Nagybanya den Gegenstand allgemeiner Teilnahme. Aus Sugatag begaben sich Gendarmeriepatrouillen und freiwillige Jäger dorthin, um eine allgemeine Jagd gegen die Wölfe zu veranstalten.

Zwei Flieger verschollen

London, 11. Januar. Von den beiden australischen Fliegern, die gestern den Versuch gemacht haben, von Australien nach Neuseeland zu fliegen, hat man bisher keine Spur. Da seit dem Abfluge bereits mehr als 48 Stunden vergangen sind, nimmt man an, daß die Flieger, nachdem ihre Radiotelegramme aufhörten, ins Meer gestürzt sind. Wegen einsetzenden Sturmes haben Flugzeuge, die auf die Suche geschickt wurden, ihre Nachforschungen einstellen müssen.

Schweres Flugzeugunglück

Neuyork, 11. Januar. Ein Passagiereindecker, der von Minola auf Longisland mit drei Fluggästen nach Buffalo abgeflogen war, und seitdem vermißt wurde, ist in der Nähe von Conajoharie im Staate Neuyork auf einem Felde zertrümmert aufgefunden worden. Die Insassen sind tot, ihre Leichen verstümmelt. Die Umstände deuten darauf hin, daß das Flugzeug im Nebel die Orientierung verlor und mit voll arbeitenden Motoren auf den Erdboden stieß. Die Unglücksstätte liegt etwa hundert Meter von einem Farmerhause entfernt; der Nebel war jedoch so dicht, daß die Trümmer erst heute gefunden werden konnten.

Die schwarze Reaktion

Der SPD-Schwindel enthüllt oder der Vorwärts gesteht die Einigkeit des Bürgerblocks

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der interfraktionelle Ausschuß der Bürgerblockparteien hat sich, wie die kommunistische Presse voraus sagte, gestern in der Frage der Schulverpfaffung nach den Wünschen des Zentrums auf folgenden Antrag geeinigt, der der Sitzung des Bildungsausschusses des Reichstags vorgelegt werden soll. „Der Ausschuß möge beschließen: Der § 16 hat folgenden Wortlaut: **1. Den Religionsgesellschaften ist — unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes** (Artikel 144 und 149 Absatz 1 der Reichsverfassung) — **Gelegenheit zu geben, sich davon zu überzeugen, ob der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen erteilt wird.** Die zuständigen offiziellen Stellen der Religionsgesellschaften **haben zu dem Zwecke das Recht der Einsichtnahme in den Religionsunterricht.** Dieses Recht kann nicht dem Ortsgeistlichen als solchem (!?) übertragen werden. 2. Die Religionsgesellschaften und ihre Vertreter haben gegenüber den Lehrern, die Religionsunterricht erteilen, keine Befugnis der Dienstaufsicht.

Der § 16a lautet: In den Gebieten des Reiches, **in denen ein Zusammenwirken zwischen staatlichen Behörden und Religionsgesellschaften hinsichtlich der Einrichtung und Erteilung des Religionsunterrichts an Volksschulen durch Gesetz oder Vereinbarung festgelegt ist, kann es bei dieser Regelung bleiben."**

Die Bürgerblockparteien sind sich also über den entscheidenden Punkt der Schulaufsicht einig. Das bedeutet den **vollkommenen Zusammenbruch der sozialdemokratischen Lügenpropaganda** über den angeblichen Zerfall des Bürgerblocks. Mit beispielloser Frechheit hat die Sozialdemokratie jede Mobilisierung der Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Schulreaktion zu zersplittern und zu verhindern versucht mit dem niederträchtigen Schwindel „Reichsschulgesetz ist Sprengpulver für den Bürgerblock und bedeutet wahrscheinlich sogar Reichstagsauflösung". Jetzt bleiben dem Vorwärts und seinen Nachrednern **die Lügen im Halse stecken.** Er kann die Tatsache nicht länger leugnen und verschweigen und muß heute zweispaltig an der Spitze melden: **„Klerikale Schulaufsicht".** Dazu schreibt er: „Geschlagene sechs Stunden hat gestern der interfraktionelle Ausschuß der Bürgerblockparteien getagt. Resultat: **Die Volkspartei hat die Nerven verloren. Sie ist zusammengeklappt. Sie hat in der Frage der geistlichen Schulaufsicht einer Formulierung zugestimmt, die die Aufsicht der Kirche über den Religionsunterricht und seine Lehrer im Schulgesetz verankert...** Das ist der Sinn des Kompromisses. Alles andere sind schöne Worte."

Jetzt muß die Sozialdemokratie also zugeben, daß die Kommunisten recht hatten. Jetzt müssen die Kommunisten dieses schamlose Spiel mit verteilten Rollen zwischen der Bürgerblockregierung den Parteiführern der Deutschen Volkspartei und den sozialdemokratischen Führern schonungslos aufdecken **und der Arbeiterschaft Klarheit über die Hilfsstellung der Sozialdemokratie für alle Fälle des Bürgerblocks verschaffen.**

Abrüstungsschwindel

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Für den 20. Januar ist nach Prag eine geheime Konferenz von Völkerbundsmitgliedern einberufen, die sich unter dem Vorsitz von Beneich mit der Ausarbeitung von „Sicherheitsformeln" befassen soll, die den Richtlinien des französischen sozialdemokratischen Ministers Boncour entsprechen. Diese Formeln sollen dann am 20. Februar in Genf vorgelegt werden auf der Sitzung der sogenannten Sicherheitskommission, die lediglich zu dem Zweck geschaffen wurde, um die Massen zu benebeln und jede wirkliche Abrüstung gründlich zu sabotieren. Die Sowjetunion wird auf dieser Sitzung am 20. Februar nur durch ihren Beobachter vertreten sein. Auf der Märzsitzung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses wird die Sowjetunion jedoch den Abrüstungsschwindel des Völkerbundes erneut vor der proletarischen Oeffentlichkeit in das rechte Licht setzen.

Vor dem 10. Jahrestag der Roten Armee

Moskau, 11. Januar.

In der ganzen Sowjetunion werden Vorbereitungen zum zehnten Jahrestag der Gründung der Roten Armee getroffen. Die aus diesem Anlaß herausgegebenen Direktiven des ZK der KPSU weisen darauf hin, die Feier soll die Bereitschaft zur Verteidigung der Sowjetunion zum Ausdruck bringen, die Vertiefung der Beziehungen zwischen den werktätigen Massen und der Roten Armee betonen und dementsprechend den Charakter einer Feier der breitesten Arbeiter- und Bauernmassen tragen.

Arbeiterstimme

Nr. 10
4. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs

Von F. Chasseigne (Paris)

Der Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs, der vor einigen Tagen in Paris stattgefunden hat, hatte vor allem die Aufgabe, Haltung und Programm der Partei bei den kommenden Wahlen in Frankreich zu bestimmen. Nun, dieser Parteitag hat die Rechtsorientierung der Sozialistischen Partei bestätigt und betont.

Diese Rechtsorientierung war für die ganze Politik der Sozialistischen Partei Frankreichs seit dem Bruch des Linkskartells und seit der Bildung der Poincaré-Regierung kennzeichnend. Zwar betrieb sie eine Scheinopposition, um so ihre Arbeiteranhängerschaft an sich zu fesseln, in der Tat aber ließ sie es zu, daß Poincaré schaltete und waltete. Renaudel betonte dies unverblümt, als er auf dem Parteitag erklärt: „Wir stimmen gegen die Poincaré-Regierung mit dem Gefühl, daß wir ihr keinerlei Schaden zufügen." Die Haltung der Sozialistischen Partei in den Finanzfragen, das Verbleiben Paul Boncours beim Völkerbund als Vertreter Poincarés, vor allem aber die Stellungnahme der Sozialistischen Partei zu den Militärgesetzen — sie stimmte ihnen zu —, dann die Legalisierung des nationalen Wirtschaftsrates durch Poincaré, die am selben Tage geschah, an dem sie von der CGT und der Sozialistischen Partei gefordert wurde, diese und andere Dinge lassen viel eher an eine Spiegelfechterei in Jahrmarktsbuden als an die ernste Opposition einer Arbeiterpartei denken.

Jetzt rücken die Wahlen heran. Schon ist die Sozialistische Partei vom Wahlfieber gepackt und entwickelt neue Lebensenergien. Mehrere Jahre hindurch hat sie ihr Dasein mit einer Wochenschrift als Zentralorgan gefristet. Seit dem 1. Dezember hat sie ein Tageblatt von großem Format. Die Bezirksorganisationen haben bereits ihre Kandidaten aufgestellt und Konferenzen einberufen. Sie organisieren Versammlungen, sie machen alle möglichen Vorbereitungen für die „große Schlacht".

Der Reichskongreß, der in Paris abgehalten wurde, war auch schon vom Wahlfieber erfaßt. Er war sehr zahlreich beschickt worden. Alle Bonzen waren da. Man sparte keine Mühen, um den Eindruck einer starken Partei zu erwecken.

Zwei Fragen beherrschten die Tagesordnung des Kongresses: die Aufstellung des Programms der Partei und die Festlegung der Wahltaktik. Das Um und Auf der Debatten waren die Wahlen, und zwar von den kleinlichsten Gesichtspunkten aus gesehen, war die Sorge, die Brücken zu den Radikalen nicht abzubrechen und die Grundlage eines neuen Bündnisses mit ihnen zu schaffen. Das zeigen die Ergebnisse des Kongresses.

Der „Glanzpunkt" des Parteitages war die Finanzresolution Vincent Auriols, die unter großen Beifallskundgebungen angenommen wurde. Hier zeigt sich zweifellos am klarsten die Verbindung der SPF mit der Bourgeoisie. Für die Sozialisten wie für die Bourgeois dreht es sich hauptsächlich um die Schulden. Vincent Auriol, der mit den Herren Bokanowski und Herriot nach Amerika gereist ist, um dort im Namen des französischen Kapitalismus mit dem amerikanischen zu verhandeln, hat die These der Nationalisten über die Kriegsschulden voll und ganz aufgenommen. „Wir werden Amerika zahlen, wenn uns Deutschland zahlt." Das verstehen die französischen Sozialisten unter der internationalen Arbeitersolidarität. „Wenn Herr Marin (Minister des rechten Flügels des nationalen Blocks) anders denkt, schreibt der Radikale Pierre Bertrand, so wird er es wissen lassen."

Auch über die Stabilisierung denken die Sozialisten nicht anders, als es die Bourgeois tun. Vincent Auriol verlangt die Stabilisierung, und Poincaré macht sich daran, sie zu verwirklichen. Ein Delegierter der Rechten auf dem Parteitage, Mauranges, erklärte klipp und klar: „Wir akzeptieren die Ergebnisse der Erfahrung Poincaré." Auch die Stabilisierung der Währung ist in einem gewissen Maße der Versuch der Stabilisierung des Regimes, und gerade das ist die Hauptarbeit der Sozialisten. Nur in einem einzigen Punkte trennten sie sich von den Radikalen, die schon früher ihren Kongreß abgehalten haben. Dieser Punkt ist die Kapitalsabgabe. Vor dem sozialistischen Parteitag hatten die Finanzspezialisten der Partei einen heftigen Krieg gegen diese Losung geführt, als bedeutete sie die Sintflut. Aber Auriol fand schließlich die elegante Formel, um dieser Losung den Hals zu brechen. An die Stelle der Kapitalsabgabe tritt eine Vermögensabgabe, die so elastisch formuliert ist, daß sogar die Radikalen erklären, damit zufrieden zu sein.

Die Außenpolitik der Sozialistischen Partei entspricht ihrer Finanzpolitik. Paul-Boncour gab den Ton an, indem er sagte, daß man nicht „in Europa die Lunte der Revision der Verträge unvernünftigerweise legen" dürfe, daß „die Räumung des Rheinlandes nicht unabhängig von der Frage der Sicherheit und Abrüstung behandelt werden könne". Vor einem halben Jahre hat immerhin noch eine Fraktion der Sozialistischen Partei von Paul-Boncour Rechenschaft über seine Tätigkeit in Genf als Gehilfe Poincarés verlangt. Nun aber hat der ganze Kongreß seinen nationalistischen Erklärungen Beifall gezollt. Die Haltung der Sozialistischen Partei Frankreichs ist eine solche, daß die deutschen Sozialdemokraten bei ihren Bemühungen um die große Koalition peinlich gestört sind und schließlich nicht umhin können, zu ihrem französischen Bruder zu sagen: „Tu du das, was deiner Bourgeoisie nützt, ich tue das, was meiner Bourgeoisie nützt."

Zur Frage der Rationalisierung, wie sie die Kapitalisten durchführen, hat die Sozialistische Partei ebensowenig zu sagen, wie die CGT, die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie. In den Arbeiterfragen hat sich die Sozialistische Partei ins Schlepptau der Jouhaux und Genossen begeben. Sie folgte dabei nur dem Beispiele der Radikalen, die schon früher das Programm der CGT angenommen haben. Damit hat sie sich auf die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie festgelegt und alle wirklichen Arbeiterforderungen preisgegeben.

Die Wahltaktik war nach der Aufstellung eines solchen Programms nicht mehr schwer zu bestimmen. Die Wahlen werden sich gemäß dem von den sozialistischen Abgeordneten selbst bestimmten Modus in Bezirksrahmen inmitten aller möglichen Kombinationen vollziehen. Beim zweiten Wahlverfahren werden sich alle Parteien vor der Frage der Verbündeten befinden. Die Sozialisten haben die Wahl: Bündnis mit den Radikalen, oder Bündnis mit den Kommunisten, die ihnen eine Einheitsfront angeboten haben. Der Kongreß hat rasch gewählt. Er läßt den Bezirksverbänden jede Freiheit, um „die Reaktion zu schlagen". Nach all dem Kokettieren mit den Radikalen bedeutet dies nichts anderes, als eine Wiederauffrischung des Kartells der Linken, wobei man allerdings auch hofft, von den kommunistischen Stimmen dort, wo sie notwendig wären, Nutzen zu ziehen. Auch hier war es Renaudel, der den Ton angab, indem er erklärte: „Wir müssen mindestens 150 sein.... Die Wahlen zielen nicht nur darauf hin, Stimmen und Sitze zu gewinnen, sondern auch auf die Eroberung der parlamentarischen Macht."

Darum geht es der Leitung der Sozialistischen Partei. Sie läßt die Arbeiterinteressen beiseite, zuckt über unser Einheitsfront-Angebot die Achsel. Sie interessiert sich auch nicht für den Einfluß der ökonomischen Krise auf die Lage der Arbeiterschaft. Für diese Dinge hatte der Parteitag der französischen Sozialistischen Partei kein Interesse übrig.

Doch die Arbeiter der Sozialistischen Partei werden anderer Ansicht sein. Dafür gibt es Symptome. Am Vorabend des Parteitages hat eine Sektion der Pariser Vororte, die Sektion von Courbevoie, mit uns eine Einheitsfront bei den Gemeindewahlen gebildet. Die Parteileitung hat sie zerstört. Damit hat die Parteileitung nur die gleiche Linie verfolgt, wie bei dem Ausschlusse aller jener Arbeiter, die zum 10. Jahrestag nach Rußland gereist sind. Aber dem Beispiel von Courbevoie werden andere Organisationen zweifellos folgen. Dies hat sich auch bereits im Norden gezeigt, wo mehrere Lokalorganisationen aus der Sozialistischen Partei ausgetreten sind, um sich uns anzuschließen.

Die Kommunistische Partei Frankreichs muß angesichts der Wirtschaftskrise und der Gärung, die durch das Herannahen der Wahlen in den sozialistischen Organisationen hervorgerufen ist, an die sozialistischen Arbeiter die Frage richten, was sie von der Politik ihrer Führer halten, und wird trachten, sie zum Bruche mit diesen Führern zu bewegen.

Das ist die Wahrheit

SPD in der Wahlzeit

„Helfen kann allein nur der gewerkschaftliche Zusammenschluß und die Vereinigung in der Sozialdemokratischen Partei. Helfen kann nur die sozialdemokratische Stimmenabgabe bei allen Wahlen zum Reichstag, Landtag, zur Kreis- und Gemeindevertretung.

Dort sind die Machtpositionen der Großgrundbesitzer. Von diesen Parlamenten beherrschen sie den Staat und die Wirtschaft, und damit begründen sie ihre Herrschaft über das arbeitende Volk.

Industrie- und Landarbeiter gehören mit dem arbeitenden Landwirt in eine Front."

(Aus dem Flugblatt „Das ist die Wahrheit" des Bezirksverbandes Brandenburg-Grenzmark der SPD, Anfang Januar 1928.)

SPD in der Regierungszeit

„Warum Generalstreik?

Die Kommunisten fordern die Arbeiter auf zum Generalstreik, um die Einsetzung einer

Arbeiter- und Bauernregierung

zu erzwingen.

Deutsche Arbeiter! Merkt ihr nicht, wie ihr verhöhnt werdet, wie eurer Not gespottet wird? Regieren nicht die deutschen Bauern seit 1914 sehr diktatorisch euren Geldbeutel? Auf Betreiben der Bauernverbände ist auch der letzte Rest der Zwangswirtschaft abgebaut worden, die den Verbrauchern wenigstens einige Lebensmittel zu Preisen gesichert hat, die mit den Löhnen in einem erträglichen Verhältnis standen. Wer glaubt, daß ausgerechnet die fetten, dicken Bauern mit den Kommunisten eine Regierung bilden? Und wenn sie es tun, wer glaubt, daß die deutschen Bauern sich selbst enteignen werden?

Wer ist der schärfste Gegner der Arbeiter? Die Bauernschaft!

Wer hat sich an Krieg und Not am meisten bereichert? Die Bauernschaft!

Wer hat es am besten verstanden, sich vom Steuerzahlen zu drücken? Die Bauernschaft!

Wer stellt die Masse der faschistischen Organisationen, die nur darauf warten, mit verborgenen Waffen über die organisierte Arbeiterschaft herzufallen? Die Bauernschaft!

Und mit diesen Bauern wollen die Kommunisten eine gemeinsame Regierung bilden! Die Kommunisten sagen, sie meinen nur die kleinen Bauern! Arbeiter in den Städten, fragt die Landarbeiter, ob die

kleinen und mittleren Bauern

anders gesinnt sind wie die Großagrarier. Sie werden euch sagen, daß die Bauern fast restlos organisiert sind in den Landbünden, die unter der Führung der Großagrarier stehen. Arbeiter, ihr wißt aus den Tagen, da eure Frauen zum „Hamstern" gehen mußten, daß alle Bauern dieselben Preise für alle Lebensmittel genommen haben wie die Großagrarier. Die deutschen Bauern haben sich alle, ohne Ausnahme, auf Kosten der Verbraucher in den großen und kleinen Städten bereichert.

Und um mit den dick und fett gewordenen Bauern eine Koalitionsregierung zu bilden, sollen die Industriearbeiter den Generalstreik führen! Ein größerer Unsinn ist den deutschen Arbeitern noch nie zugemutet worden, die Arbeiter- und Bauernregierung ist ein schlechter Witz. Die deutschen Arbeiter machen sich vor der ganzen Welt, vor dem Bürgertum, vor den Agrariern und vor sich selbst lächerlich, wenn sie für eine Koalitionsregierung mit den Bauern streiken!

Deutsche Arbeiter! Die Kommunisten rufen zum Generalstreik, um das Kabinett Cuno zu stürzen. Ohne Generalstreik, lediglich durch einen Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, ist das Kabinett weggefegt worden, eine neue Regierung wurde gebildet, die das sozialdemokratische Programm, und das ist ein

Programm der Arbeiter, nicht der Bauern,

restlos angenommen hat."

(VSPD Magdeburg-Anhalt, August 1923.)

•

Die wahlagitatorische Demagogie einerseits und die entgegengesetzte Praxis anderseits, dieses eine Kennzeichen der SPD, zeigt sich in obiger Gegenüberstellung in aller Deutlichkeit. Das arbeitende Volk in Stadt und Land darf das nie vergessen. Das sozialdemokratische „Programm der Arbeiter", der damaligen Stresemann-Hilferding-Regierung bestand in dem 700-Millionen-Geschenk an die Ruhrkapitalisten, in der Beseitigung des Achtstundentages der industriellen Arbeiter durch das Ermächtigungsgesetz, in der blutigen Niederschlagung der sächsischen Arbeiter durch Reichswehr, in gewaltigen Steuerlasten für die werktätigen Bauern, Kleingewerbetreibenden und Arbeiter, und in ähnlichen Handlungen gegen das werktätige Volk. Die Koalition mit den Kapitalisten wurde hier dem Bündnis der Arbeiter und werktätigen Bauern gegenübergestellt.

Deutlich hat sich die SPD im obigen Flugblatt für die Enteignung der werktätigen Bauern ausgesprochen, während sie sich gleichzeitig schützend vor die Enteignung der Kapitalisten stellte. Ausdrücklich wird von den kleinen und mittleren Bauern als dem Feind der Arbeiterklasse gesprochen. Diese Hetze wurde und wird von den Großagrariern ergänzt, indem sie den Bauern sagen, der Arbeiter sei der Feind der Bauern. So wird das werktätige Volk im Interesse der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft gegeneinander verhetzt.

Wir sagen der Bauernschaft: Nicht die Arbeiterklasse, aber die Sozialdemokratie ist einer eurer Feinde, weil die SPD in der Praxis für die Herrschaft der Kapitalisten und Großagrarier sich einsetzt. Die Kommunisten dagegen treten für die Arbeiter und die werktätige Bauernschaft ein und werden deshalb vom Landbund, von den Großagrariern und Großbauern, von den Industriekapitalisten wie auch von der SPD aufs schärfste bekämpft. Wie die Kommunisten bereits in der Zeit der Zwangswirtschaft verlangten und im Reichstage beantragten (siehe Drucksache Nr. 4333 vom 20. 5. 1922), daß die Getreideumlage der kleinen und mittleren Bauern gestrichen und nur den Großagrariern auferlegt wird, so sind die Kommunisten in allen Fragen für die werktätige Bauernschaft eingetreten. Ebenso regelmäßig sind aber die Sozialdemokraten mit dem Zentrum und den Deutschnationalen gegen die bäuerlichen Forderungen aufgetreten. Und jetzt wollen sie die Bauern als Stimmvieh.

Nicht Stimmvieh soll der Bauer sein, sondern **Bauer und Arbeiter sollen Kampfgenossen für die Interessen des ganzen arbeitenden Volkes sein, sollen gemeinsam für eine Arbeiter- und Bauernregierung kämpfen — das wollen die Kommunisten!**

Glanzleistung der „linken" SPD in Plauen

Die SPD für das Bürgertum — Der einzige ASP-Mann zweiter Präsident — Ein Verlegenheits-Armutszeugnis der SPD für sich und das Bürgertum — Die korrigierte „Demokratie"

In Plauen dominiert ein Teil der „allerlinkesten" Sozialdemokraten. D. h. mit Worten, und besonders in der Presse gibt man sich so. In Wirklichkeit sind diese Helden kein Jota anders als die übrigen Reformisten im Reich. Dies sollte auch erneut wieder in der ersten Stadtverordnetensitzung im Plauener Stadtparlament bewiesen werden. Es lag nur eine kurze Tagesordnung vor: 1. Punkt: Wahl des Präsidiums für 1928. Genosse Mildenstrey schlug als 1. Vorsteher den Genossen Schwarz vor, da die kommunistische Fraktion die stärkste Fraktion sei. Wohl redete Fritzsch (SPD) von Demokratie und anderen schönen Dingen. Aber in der Praxis stimmten unsere „linken Sozis" für den bürgerlichen Kandidaten. Genosse Schwarz erhielt nur die Stimmen der kommunistischen Fraktion. Dasselbe Schauspiel bei der Wahl des 1. stellvertretenden Vorsitzenden. Zur Abwechslung schlug diesmal die SPD ihren Schubert vor, und die Bürgerlichen zeigten sich erkenntlich und stimmten für diesen. Zur Wahl des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, bisher unser Genosse Schwarz, gab der Demokrat Dr. Goldberg die Erklärung ab, seine Fraktion sei für die Demokratie usw., aber Genosse Schwarz hätte das Vertrauen der Fraktion der Mitte nicht, und deshalb schlage er den Altsozialisten Tangenstein vor. Die Bürgerlichen schmunzelten, und unsere „Sozis" wählten quietschvergnügt zum Teil den so „verachteten" Fritz Tangenstein. Die Aspirinpartei hat nun als einzigen Vertreter und „Paradepferd" ihren „Fritze" im Stadtparlament. Nun, welche Ehre! Er, der einzige, sitzt nun im Präsidium. „Gerührt" dankte er für das große „Vertrauen". Na ja, seitdem er gegen die Hissung von roten Fahnen am 1. Mai gesprochen hat, ist dieser alte Auchsozialist gesellschaftsfähig geworden. Nun sind die Herren im Präsidium unter sich, welch eine Freude es ist, kommunistenrein!

Dem Mehraufwand von 28 000 Mark für die Arbeiterlohnerhöhung der Gemeindearbeiter wird zugestimmt, ebenso verschiedene Berichte richtig gesprochen.

Ein Dringlichkeitsantrag der Aufwerter, der verlangt, daß bedürftigen Spareinlagegläubigern 10 Prozent des errechneten Goldmarkbetrages ausgezahlt werden, wird gegen 8 Stimmen der Rechten zugestimmt. Ebenso fand ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag, der dem Sinne nach dasselbe bezweckte, einstimmige Annahme. Folgender kommunistischer Dringlichkeitsantrag

„Das Stadtverordnetenkollegium wolle folgenden Antrag beschließen und an die Reichsregierung weiterleiten:

Die Reichsregierung wird ersucht, die im Reichsarbeitsblatt Nr. 35 Seite 548 erlassene Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 2. Dezember 1927 aufzuheben und die in dieser Verordnung im Artikel 2 genannten Berufsgruppen den übrigen Unterstützungsempfängern gleichzustellen,"

wurde vom Genossen Mildenstrey begründet: Bereits die kommunistische Reichstagsfraktion habe gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz gestimmt. Die SPD-Presse schrieb damals demagogisch: „Die Kommunisten gegen die Erwerbslosen", und heute bringen sie selbst einen ähnlich lautenden Antrag wie unsere Fraktion gebracht hatte, der sich gegen das Reichserwerbslosenversicherungsgesetz wendet. Die Leidtragenden sind die Arbeiter, die erst bezahlen dürfen und dann nichts bekommen. Hier helfen allerdings keine Papierproteste, sondern nur der Kampf gegen die Bürgerblockregierung. Selbst der Dezernent Diez (SPD) muß sich gegen die erlassene Verordnung wenden, entschuldigt aber die Macher derselben damit, daß sie sich die Tragweite nicht überlegt haben. Wir sind aber der Meinung, daß dies organisierte Vorstöße und Angriffe des Bürgerblocks gegen die arbeitende Bevölkerung sind. Der Antrag wurde gegen 12 Stimmen von einigen Rechten, die aus Prinzip gegen kommunistische Anträge stimmen, angenommen. Ein weiterer kommunistischer Antrag:

„Das Kollegium wolle beschließen, der Rat wird ersucht: Die im Haushaltplan unter E VII Nr. 6 eingesetzten 10 000 Reichsmark unter sämtlichen sich der Jugendpflege widmenden Organisationen gleichmäßig (im Verhältnis zu ihrer Mitgliedsstärke) zur Verteilung zu bringen."

machte sich deshalb notwendig, weil man bei der Verteilung dieser obengenannten Summe die Kommunistische Jugend vergessen hatte. Genosse Mildenstrey kennzeichnete so richtig diese „Gerechtigkeit" und verlangte, daß die KJ ebenfalls etwas erhält. Stadtrat Kötz windet sich wie ein Wurm, um eine Begründung für die Ausschließung zustande zu bringen, aber er muß dem Genossen Mildenstrey recht geben. Nur faselt Kötz von einer Regierungsverordnung, in der die KJ als eine staatsumstürzende Organisation sei, die deshalb nichts bekommen könnte. Der Antrag wurde gegen 23 Stimmen angenommen.

Affendrüsen

Eine notwendige Auseinandersetzung mit Professor Voronoff

Der Herr Voronoff und der Professor Steinach, wovon der erste in Paris, der zweite hingegen in Wien lebt und operiert, die beiden gehören sicher zu den berühmtesten Leuten. Die Begriffe „Verjüngung" im allgemeinen und „Verjüngung durch Affendrüsen" im besonderen sind ja schon Schlagworte geworden, und der Salat aus Dummheit, Reklame, Schwindel und ernster Wissenschaft ist fertig für die Laien, die ihn dann ausfressen müssen.

Aber schön der Reihe nach. Zunächst: eine eigentliche Verjüngung im streng wissenschaftlichen Sinne gibt es nicht — nicht bei Menschen und anderen pomplizierter gebauten Tieren. Niedere Tiere verhalten sich allerdings anders; ein „alter" Wurm besonders tiefstehender Arten z. B. kann sich verjüngen; wenn man solch einem alternden Tier den Hinterleib abschneidet, so wächst aus dem Kopfstück ein neuer Hinterleib, das Tier beginnt mit dieser neuen Entwicklung ein neues Dasein.

Aber dem Menschen wächst eben kein neuer Hinterleib, wenn man ihm den alten abgeschnitten hat; er kann seine einmal angeschlossene Entwicklung nicht wieder von neuem beginnen und diese selbst kleineren Kindern nicht unbekannte Tatsache wollen manche Verjüngungsapostel gerne vergessen.

Es ist nur eines möglich. Wie man nämlich bei einer Uhr, wo ein Rad vor der Zeit und früher als die anderen Räder schadhaft geworden ist, dieses eine Rad auswechseln kann —, so kann man, dank des Franzosen Brown-Sequard, des Deutschen Harms und des Oesterreichers Steinach Forschungen, ein bestimmtes Organ, das meist vorzeitig seine Dienste einstellt, zu neuer Arbeit anregen.

Dieses Organ ist der Hoden. Er dient nicht nur zur Erzeugung von Sammelzellen — also zur Fortpflanzung —, sondern er liefert auch eine Substanz, ein sogenanntes Hormon, das er in das ihn durchströmende Blut abgibt. Mit dem Blut geht das Hormon durch den ganzen Körper, führt die Ausbildung der Geschlechtsmerkmale herbei und erhält den Körper in dem Zustand der normalen Männlichkeit, zu deren Kennzeichen nicht nur die Potenz, sondern auch eine gewisse Frische, Lebhaftigkeit, Leistungsfähigkeit usw. gehört, die der Eunuch oder Kastrat vermissen läßt.

Nun wirkt auch das Alter wie eine Kastration. Der Hoden wirkt schwächer, der Körper hat zu wenig Hormon und ein Teil der Alterserscheinungen wird durch diesen Mangel bedingt. Nicht alle Alterserscheinungen! Es ist „ein Rad" kaputt — während oft beim sogenannten ungleichmäßigen (vorzeitigen) Altern die anderen Organe noch taugen.

Und Steinach regt nun durch eine Operation den Hoden des alternden Mannes zu neuer Tätigkeit an. Das ist die Verjüngungsoperation, die zwar einen übertriebenen Hoffnungen erweckenden Namen führt, aber doch mitunter zu vorzüglichen Ergebnissen führt. Sie hat nichts mit Affen usw. zu tun, sie ist ein ganz einfacher Eingriff, sie ist billig oder wäre es, wenn nicht durch die unvernünftige Ablehnung der allermeisten Aerzte einige geschäftstüchtige Aerzte die Gelegenheit erhielten, phantastische Summen für den vielend leichten Eingriff zu fordern.

Was aber mit den Affen? Nun, der Voronoff sagt so: wenn der eigene Hoden des Mannes nichts mehr taugt, dann setze ich ihm eben den frischen, gesunden Hoden eines Affen ein. Der muß dann im Menschenkörper weiter Hormon erzeugen. Bitte, kommen Sie zu mir, kaufen Sie einen Schimpansen aus meiner schönen Affensammlung, ich operiere Sie, Sie werden wieder jung und arbeitsfähig . . .

Gut gesagt ist halb geglaubt. Voronoff erklärt: der junge Hoden in den alten Körper — muß doch da sein Hormon liefern. Aber er sagt nur die Hälfte.

Und halb gesagt ist ganz geschwindelt, besonders in der Wissenschaft . . .

Ganz geschwindelt! Jawohl: denn Voronoff klärt seine Gläubigen nicht darüber auf, daß Tierhoden im Menschenleib nicht anwachsen. Man kann überhaupt nicht Organe oder auch nur Gewebsteile (etwa Hautstücke) von einer Art auf eine andere so überpflanzen, daß sie am Leben bleiben. Also nie Haut oder Hoden usw. vom Hund auf die Katze, vom Menschen auf den Affen, vom Huhn auf die Taube übertragen . . .

Voronoffs Hoden gehen sehr bald zugrunde. Natürlich: wenn man sie frisch aus dem Affenleib schneidet, enthalten sie ein bißchen Hormon gespeichert, das sie an den Menschenwirt, der sie nun während ihres raschen Absterbens beherbergt, abgeben. Also eine ganz kleine, schnell vorübergehende Hormonzufuhr.

Es ist aber jetzt eine andere Bemühung in der Forschung zu erkennen: man versucht, das Hormon aus den Hoden geschlachteter Rinder usw. chemisch zu gewinnen und dann den Menschen zu injizieren. Das ist mit anderen Organen, die ihnen eigentümliche Hormone enthalten, schon gelungen. Es wird auch mit den Hodenhormonen gelingen!

Inzwischen wird Voronoff natürlich weiter Hoden denen implantieren, die nicht alle werden und die das nötige Kleingeld haben. Und solche wird es nicht wenige geben. Denn Voronoff verspricht ja auch Wiederkehr der Geschlechtskraft und es ist nur zu begreiflich, daß diesmal ein Prophet sogar in seiner Heimat etwas gilt: Voronoff lebt ja in Paris, dessen Zentrum eine tüchtige Geschäftswelt, das Bordell des zahlenden Abendlandes errichtet hat.

Uebrigens ist diese ganze Geschichte, das mag betont werden, durchaus keine Angelegenheit nur für jene, die es bezahlen können. Die Altersbekämpfung ist eine sehr wichtige, sehr ernste Sache, über die noch gesprochen werden soll und die gerade den früh alternden Proleten angeht. Aber mit aller Schärfe muß gegen solche geschäftsmäßigen Unternehmungen wie die Voronoffs, aufgetreten werden, deren Gefährlichkeit noch in anderer Beziehung ein anderm. aufgezeigt werden soll.

Und noch eins: nie könnten die Voronoffs so viele Hörer, Gläubige und Zahler finden, wenn nicht neben der sensationshungrigen Presse sich die große Entfremdung zwischen der akademischen Wissenschaft, Biologen wie Aerzten, ausgebildet hätte, an der wahrhaftig nicht die Laien Schuld tragen, und die heute nur ein einziges Land ernsthaft und in ihren Grundursachen zu überwinden bemüht ist. Dieses Land ist nicht Frankreich, es liegt viel weiter östlich, und deswegen wird Herr Voronoff ungestört weiter zwar nicht seine Patienten, wohl aber sich gesund machen.

Dr. Dorwien

Neue Aussichten zur Heilung der Krebskrankheiten

Bis vor kurzem glaubte man, daß die Krebskrankheit, die mit absoluter Sicherheit zum Tode führt, wenn nicht früh genug operiert wird, durch einen fremden Erreger hervorgerufen würde. Die neuesten Forschungen haben diese Anschauung aber widerlegt und erwiesen, daß das Wesen der Krebskrankheit, die eine bösartige Wucherung von Körperzellgewebe ist, in der kranken, entarteten Krebszelle selbst liegt. Diese zeigt allen anderen Körperzellen gegenüber ein geradezu gegensätzliches Verhalten. Werden z. B. normale Zellen eines Organismus auf einen anderen übertragen, so gehen diese Zellen fast ausnahmslos zugrunde. Ueberträgt man in dieser Weise aber die Zellen einer Krebsgeschwulst, so überwuchern sie die gesunden Körperzellen. Von diesen unterscheiden sie sich noch in einem sehr wichtigen Punkt, von dem aus neuerdings Prof. Dr. B. Fischer-Wasels von der Universität Frankfurt a. M. aufsehenerregende erfolgreiche Versuche zur Bekämpfung und Heilung der Krebskrankheit unternommen hat: im Stoffwechsel. Der energieliefernde Prozeß bei der normalen Zelle ist die Atmung, bei der Krebszelle dagegen die Gärung. Da starke Atmung die Gärung hemmt, ging Prof. Fischer-Wasels, wie er in einem sehr interessanten Aufsatz über „Die Probleme der Krebskrankheit" in der Umschau in Wissenschaft und Technik (Frankfurt a. M.) berichtet, von dem Gedanken aus, die Krebszelle zur Atmung zu zwingen. Durch Zufuhr eines Sauerstoff-Kohlensäure-Gemisches in der Atmung, in Verbindung mit bestimmten Eisenpräparaten und Farbstoffen gelang es ihm, die Krebskrankheit bei Mäusen vollständig und dauernd zu heilen. Die Uebertragung dieser wichtigen Versuchsergebnisse auf die Heilung des Krebses am Menschen dürfte wohl nur eine Frage der Zeit sein.

Flucht vor dem Elend

Eine ganze Familie verübt wegen Nahrungsmittelsorgen Selbstmord

In dem Stadtteil Räcknitz hat sich in der Nacht zum Mittwoch das auf der Hempelstraße wohnhafte Ehepaar Estel mit den beiden Kindern im Alter von 6 und 10 Jahren durch Gas vergiftet. Der Gasschlauch war durch ein in die Wand gemeißeltes Loch nach dem Schlafzimmer geleitet. Schlechte wirtschaftliche Verhältnisse waren der Grund zur Tat. Estel war Prokurist und seit längerer Zeit erwerbslos.

•

Hausmädchen-Tragödie

In der Nacht zum Dienstag hörten Passanten von der Loschwitzer Brücke aus der Mitte der Elbe Hilferufe einer weiblichen Stimme, die jedoch bald erstickten. Die Dunkelheit hinderte die Hilfsbereiten zum Eingreifen. Beim Absuchen fand man auf der Brücke eine kleine Damentasche, in der Ausweispapiere, auf den Namen eines Hausmädchens Z. von der Braunschweiger Straße lautend, enthalten waren. — Eine unbekannte alte Frau hat sich am 8. Januar in den Nachmittagsstunden von der Marienbrücke in die Elbe gestürzt. Da sie außer einem Schirm mit Horngriff nichts zurückgelassen hat und aus der Vermißtenliste keine Anhaltspunkte für die Personalien entnommen werden können, ersucht die Landeszentrale für Vermißte und unbekannte Tote, Schießgasse 7, Zimmer 200, um sachdienliche Mitteilungen.

•

Ein Betrüger nimmt bei Geschäftsleuten und Handwerkern Bestellungen auf Aufnahme einer Firmenanzeige in einem Handelsadreßbuch an und kassiert entsprechende Anzahlungen. Die Angaben des Betreffenden eines Kaufmanns Fritz Schlechte, sind erlogen. Es handelt sich um einen gewöhnlichen Betrug.

In der Feuerbestattungsanstalt der Stadt Dresden sind im Monat Dezember v. J. 282 Einäscherungen erfolgt, und zwar 131 männlichen und 131 weiblichen Geschlechts. Von den Verstorbenen waren 219 evangel., 61 Dissidenten. Vom Tage der Inbetriebnahme (22. Mai 1911) sind dies 23184 Einäscherungen.

Dresdner Volksbühne E. V. Sonntag den 15. Januar, 11,30 Uhr, Wiederholung von A. Brusts „Die Wölfe" in der Komödie. Eintrittskarten zu stark ermäßigtem Preis für die Mitglieder der Dresdner Volksbühne [illegible] an der Kasse. Bei der starken Wirkung und künstlerisch hervorragenden Aufführung des Stückes werden die Mitglieder der Volksbühne besonders aufgefordert, von der Vergünstigung im weitgehendsten Maße Gebrauch zu machen.

•

Oeffentliche Feuermelder.

Die im Stadtgebiet aufgestellten öffentlichen Feuermelder dürfen nur zur Meldung von Feuer benützt werden. Wenn die Hilfe der Feuerwehr aus anderen Anlässen notwendig wird, ist sie durch Fernsprecher zu rufen. In letzter Zeit wurde jedoch die Feuerwehr durch Benutzung öffentlicher Melder aus den geringfügigsten Ursachen alarmiert, z. B. weil der in einen Bodenraum hineingewehte Schnee auftaute und die Decke durchnäßte, oder weil sich in der Hausflur infolge eines beschädigten Wasserleitungsrohres eine kleine Wassermenge angesammelt hatte, und ähnlichen. Derart geringfügige Ursachen, die von den Beteiligten selbst ohne große Mühe beseitigt werden können, rechtfertigen das Herbeirufen der Feuerwehr nicht, insbesondere aber ist in diesen Fällen die Benutzung eines öffentlichen Feuermelders unzulässig. Es ist notwendig, daß dies beobachtet wird, da durch ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Feuerwehr diese u. a. behindert wird, rechtzeitig an einer Brand- oder größeren Unglücksstelle einzutreffen.

Pannewitz. Am Sonntag dem 8. Januar hielt der Turnverein 1886 Welschhufe eine Wiederholung des Märchenspiels der heimatlichen Windbergsage „Rotkopfjörge" in der Goldenen Höhe ab. Aufgeführt wurde das Stück von Kindern und Erwachsenen. Die Aufführung kann man als gut gelungen bezeichnen, zumal die Rollenverteilung und das Zusammenspiel glänzend waren. Auch die Reigen der Mädchen, der großen wie der kleinen, waren bis auf kleine Unachtsamkeiten gut. Nur der Reigen der Zwerge war zu schnell, daher ergab er ein schlechtes Bild. Auch war leider der Gesang des kleinen Zwerges verunglückt. Die Rolle des Nachtwächters mit seinem Humor wirkte sehr gut und natürlich. Es scheint ein sehr guter Spieler zu sein. „Rotkopfjörge" war gut, nur war in manchen Momenten die richtige Mimik und Dramatik nicht ganz am richtigen Platze. Auch die Kinder, die mitwirkten, hatten eine sehr gute theatralische Wiedergabe und Auffassung. Im großen und ganzen war das Stück in die Hände einer guten Leitung gelegt.

•

Der Leutemangel auf dem Lande

Kesselsdorf. In den beweglichsten Tönen schlagen die Großagrarier über den Leutemangel auf dem Lande. Unter den Arbeitsangeboten werden die Arbeitsbedingungen und das Landleben in den schönsten Farben geschildert. Wie es in der Praxis aussieht, zeigt folgende Mitteilung. Der Landwirt Dörigen aus Kesselsdorf bezahlt seine Leute weit unter Tarif. Die Behandlung soll jeder Beschreibung spotten. Das Anbieten von Prügel ist gang und gäbe. Es soll aber nicht beim Anbieten bleiben. Leider lassen sich die Knechte und Mägde, da sie nur zu einem geringen Bruchteil gewerkschaftlich organisiert sind, sich alles gefallen. Daß unter solchen Umständen niemand Lust bekommt, bei solchen Landwirten in Stellung zu gehen, ist nur zu begreifen. Aufgabe der Landarbeiterschaft ist es, durch ihre gewerkschaftliche Organisation die Beseitigung dieser skandalösen Zustände auf den Gütern zu erzwingen.

Das rote Geheimnis Sowjetrußlands

Nachdem dieser Filmvortrag am Sonntag im Ufa erstmalig vor Dresdner Besuchern gehalten worden war, brachte ihn die Dresdner Kulturfilmgemeinde am Montag den 9. Januar im Volkswohlsaale ihren Freunden. Dr. Schmitz, der Vortragende, ist — das muß hier ausgesprochen werden — ebenso wenig wie ein anderer bürgerlicher Gelehrter in der Lage, eine so grundsätzliche Stellungnahme zu den politischen und ökonomischen Erscheinungen des russischen Sowjetstaates usw. ihre Gestaltung zu haben, wie es im Interesse der anwesenden Arbeiter gelegen hätte. Und erst diese Einstellung, die wiederum nur auf marxistischer Betrachtung der Dinge fußen kann, ist imstande, das „rote Geheimnis Sowjetrußlands" zu lüften. Aber es ist unmöglich, von einem bürgerlichen Intellektuellen zu erwarten, daß er die politische Umwälzung des russischen Staatswesens, dessen heutigen proletarischen Charakter bis zur letzten Konsequenz durchdenkt und begreift. Der alte Marxsche Satz, wonach „das Sein das Bewußtsein des Menschen bestimme", erfährt seine Bestätigung, wenn man sich Vortrag, Vortragsort und den Vortragenden selbst vergegenwärtigt. Trotz dieser Schwächen mußte der Filmvortrag doch bei den denkenden Besuchern zu der Auffassung führen, daß sich Rußland in den Jahren bis 1926 ökonomisch und kulturell aufwärts entwickelt hat, wie es fast unglaublich erscheint. Doch selbst Dr. Schmitz würde überrascht sein, sähe er die Lichtbilder, die i. V. Dr. Hodann bei seinem letzten Vortrag in Dresden zeigte. Diese sind Beweis, soweit dieser Beweis überhaupt noch nötig ist, für den grandiosen Gang der Entwicklung Sowjetrußlands. Die Eindrücke und Lichtbildstreifen, die Dr. Schmitz 1926 in Rußland gewonnen hat, gaben dem Besucher etwa folgendes Bild: Man sah Moskau, mit seinen damals noch schlechten Straßen und ärmlich gekleideten Menschen. Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit fielen immerhin ins Auge, bedurften aber einer besseren Erklärung. Das Fehlen moderner Textilindustrie in dem nötigen Ausmaße, Finanzblockade und dadurch hervorgerufener Mangel an Maschinen, die man vorläufig noch nicht selbst herstellen kann, sind logische Erklärungen zu den auftretenden Fragen, die sich beim Anschauen solcher Bilder ergeben. Die Anti-Religions-Propaganda, die vom russischen Arbeiterstaat betrieben wird, die vom Staat den Arbeitern als Klubhäuser zur Verfügung gestellten Kirchen und Paläste, die zu Kinderheimen ausgebauten Villen ehemaliger Kapitalisten, waren treffender Anschauungsunterricht, wie man in Rußland die soziale Frage durch die Tat löst, statt vieler Worte. Ueber dem Eingang zum Kreml z. B. Karl Marx' Worte: „Religion ist Opium für das Volk." Viele weitere Bilder vermittelten dem aufmerksamen Betrachter viele Einblicke in sowjetrussische politische und ökonomische Verhältnisse, und Dr. Schmitz gab am Schlusse seines Vortrages der Ueberzeugung Ausdruck, daß es dem Arbeiter und Bauer besser ergehe, als das früher unter dem Joch des Zarismus der Fall gewesen sei.

Der Bolschewismus sei fast wie „eine Religion" und beherrsche das Volk vollständig. Es bedürfe einer gewaltigen Arbeit, um das kulturelle Niveau der 120 verschiedene Völker umfassenden Bewohner dieses Riesenreiches zu heben, aber er müsse anerkennen, daß man in allen Teilen, in den entferntesten Winkeln des neuen Russlands dabei bei, diese mühevolle Aufgabe zu bewältigen und aus der Hinterlassenschaft des Zarismus eine neue Welt zu schmieden.

Der gute Wille ist dem Vortragenden und der Kulturfilmgemeinde nicht abzusprechen, und man muß es anerkennen und einem bürgerlichen Gelehrten hoch anrechnen, wenn er diesem guten Willen auch Ausdruck gibt. Hoch über dem Gesudel sozialdemokratischer Zeitungsmenschen und Politiker stand dieser Vortrag auf jeden Fall.

Klaus.

•

Schwere Jungen — leichte Mädchen

Kammerlichtspiele

Wer Zille und seine Werke kennt, ist überrascht, wenn er diesen Film sieht. Weniger überrascht etwa von der Flachheit und Verlogenheit der Handlung des Films, als von der Frechheit, mit der hier dem Publikum ein Surrogat als „Zille-Film" vorgesetzt wird. Das, was in allen Werken Zilles, ob wir eines seiner wenigen Gemälde oder eine seiner kleinsten Stizzen sehen, für uns so revolutionär ist, und dem moralischen Bürger vielleicht als guter Witz erscheint, fehlt diesem Film vollständig. Der Film hat eine „Gestaltung" erfahren, die an den Stellen, die erschütternd wirken müßten, dem Publikum einiges Lachen entlocken. Der Film nach dem Saltenschen Roman „Martin Overbeck" gedreht, ist noch ärmer an Ueberzeugungskraft, wie der Roman selbst. Daß einige „Filmkanonen" gute Charaktere zeichnen, ist Selbstverständlichkeit, wie bei allen anderen Filmen, deren innere Hohlheit und Schwäche ohne gute Darstellung einzelner Charaktere zu einem katastrophalen Mißerfolg des Films führen würde.

Die ganze Furcht der bürgerlichen, klassengebundenen Filmgesellschaften, das was ist, in einem realen Lichte zu zeigen, kommt bei diesem Film wieder einmal treffend zum Ausdruck. Mit dem nun 70jährigen Kämpen Zille und seiner proletarischen Kunst hat dieser Film nichts gemein. Denn das, was Zilles Stärke bedeutet, durch Wahrheit und Aufrichtigkeit zu wirken, geht diesem Erzeugnis bürgerlicher Film-„Kunst" vollkommen ab.

Die Gefangene von Schanghai

Lichtspiele Freiberger Platz

Curt J. Braun hat sich bei der Ausarbeitung des Filmmanuskripts allerhand geleistet. Wenn man diesen verworrenen, strotzenden Film der Aero-Film-AG sieht, versteht man, warum von Unklarheiten und direkten offensichtlichen Unwahrheiten ausgerechnet bürgerlichen Politikern und Zeitungen die chinesischen Verhältnisse „verworren" erscheinen. Es ist das ewige Unglück bürgerlicher „Ideen", nie einen Zusammenhang mit dem Tatsächlichen vertragen zu können, dabei vielmehr zu zerplatzen, wie Seifenblasen. Man mutet den Kinobesuchern mit dieser Film„idee" von Righelli und Schiff nur die „Kleinigkeit" zu, zu vergessen, wie das gesamte internationale Bourgeoisgesindel in Wirklichkeit in Schanghai gehaust hat. Mit welchem Zynismus wird im Film z. B. dargestellt, wie der junge (!) englische Konsul Ralph Sinclair „mit einem Male" in die innerchinesischen Unruhen „hineingerissen" wird, ja, wie der Konsul sogar in den Verdacht gerät, feindliche Truppen unterstützt zu haben. Eine Liebesgeschichte ist geschickt in die „Handlung" verflochten, deren Lösung sich schließlich durch die Kanonenschüsse englischer Kriegsschiffe zwangsläufig so „entwickeln" kann, wie es im Interesse der „Zivilisation" und der Europäer, die als Menschenfreunde den „undankbaren" Chinesen die „europäischen Kulturgüter" bringen, liegt. Der ganze Aufbau dieses Films ist ein neuerliches Zeichen dafür, daß sich die deutsche Filmproduktion nicht nur dem neuimperialistischen Charakter der deutschen Politik anpaßt, darauf eingeht, sondern auch im Interesse der Weltbourgeoisie Verschleierung ihrer chinesischen Verbrechen durch offene erkennbare Geschichtsfälschung betreibt. Geschichtsfälschung und bürgerliche Klasse sind allerdings so untrennbare Begriffe, daß man sich über diesen Film nicht einmal zu wundern braucht.

Wilm.

KUNDGEBUNG

Sonntag den 15. Januar 20 Uhr in Freital im Sächsischen Wolf;

Freitag den 20. Januar 20 Uhr in Pirna, Volkshaus;

Sonntag den 22. Januar 10 Uhr in Dresden im Zirkus;

Freitag den 27. Januar 19,30 Uhr im Gasthof Niedersedlitz;

Freitag den 3. Februar 19,30 Uhr im Gasthof in Reick.

Quer durch die Sowjetunion

Berichte der Arbeiterdelegierten in Ostsachsen

Der Rußlanddelegierte Blum (SPD) bei dem Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.

Am 6. Januar fand in der Luftbadkantine Dresden-Cotta eine gutbesuchte Versammlung des IB statt. Genosse Blum als Delegierter der 3. Arbeiterdelegation gab Bericht über seine Eindrücke in der Sowjetunion. Einleitend sprach Genosse Blum zu den vielen Berichten in den bürgerlichen Zeitungen. Er konnte an Hand von überzeugendem Material, was er sich während seiner Studienreise gesammelt hatte, nachweisen, daß die Berichte in den meisten Fällen erlogen sind. Die Delegation konnte sich frei und ungehindert in Sowjetrußland bewegen. Ebenso hatten sie freie Wahl bei ihren Besichtigungen. Vor allem schilderte er die vorbildlichen Arbeitsbedingungen in Rußland. Die sozialen Einrichtungen, wie Kinderheime, Erholungsheime, Nachtsanatorien und Wöchnerinnenschutz, von denen in der Zarenzeit nichts zu spüren war, fand er vortrefflich. Er berichtete über die nach Einkommen abgestuften Steuern und konnte dabei feststellen, daß im Gegensatz zu Deutschland in Rußland der Besserbezahlte Steuern zahlen muß. Abzüge vom Lohn, wie Krankenkassen-, Invaliden- und Erwerbslosenbeiträge, finden nicht statt. Genosse Blum berichtete auch über das Wohnungselend, gab aber gleichzeitig bekannt, daß überall, wo er hinkam, gebaut wurde. Die Mißstände der Zarenregierung, die jahrhundertelang bestanden, können nicht in zehn Jahren beseitigt werden, trotzdem aber sei bis jetzt Erstaunliches für die Arbeiter und Bauern Rußlands geleistet worden. Wenn die Arbeiterschaft der ganzen Welt auch für die Zukunft bereit ist, Sowjetrußland zu verteidigen und vor Erschütterungen zu bewahren, wird es in kurzer Zeit gelingen, aus dem ehemals rückständigen Land die Heimat aller Werktätigen zu machen. Deshalb ist es Pflicht aller Werktätigen, Solidarität mit Sowjetrußland zu bekunden.

In der Aussprache wurde gefragt: **„Wie steht es mit dem Kinderelend — laut Bericht der Dresdner Volkszeitung? Wie leben die politischen Gefangenen?"**

Genosse Blum gab im Schlußwort zur Frage des Kinderelends ein Urteil eines christlich-sozialen Professors bekannt, der diese Frage in Rußland studiert hat. Dieser Professor schreibt in seinem Buch, daß man dieselben Zustände in anderen angeblich kultivierteren Ländern auch habe. Nur versteht man bei uns, die Menschen besser zu täuschen, während in Rußland die bestehenden Mängel offen zugegeben, aber auch nach besten Kräften zu ändern versucht werden. Zur Frage der politischen Gefangenen konnte Redner alle Artikel der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über Gefangenengreuel an Hand von mündlichen Berichten der Gefangenen selbst widerlegen. In keinem Lande der Welt gäbe es eine ähnliche Gefangenenfürsorge, als wie in Rußland. Eine Verbannung von Gefangenen gäbe es in Rußland nirgends mehr.

Mit der nochmaligen Aufforderung an alle, immer zur Abwehr bereit zu sein, wenn es gilt, Rußland zu verteidigen, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Der sozialdemokratische Rußlanddelegierte Hofmann berichtet vor der Zschachwitzer Arbeiterschaft

Das Sport- und Kulturkartell Zschachwitz hatte vergangenen Freitag zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Genosse Hofmann (SPD) sollte über seine Erfahrungen, die er als Rußlanddelegierter gewonnen, sprechen. Der Besuch der Versammlung konnte besser sein. Charakteristisch ist, daß nicht ein einziger SPD-Funktionär es gewagt hatte, in der Versammlung zu erscheinen. Wahrscheinlich wäre es ihnen höchst fatal gewesen, aus dem Munde eines ehrlichen SPD-Arbeiters das Gegenteil dessen, was die Volkszeitung immer berichtet, zu hören. In seinen Ausführungen schilderte Genosse Hofmann, daß bei der Abreise 15 000 Hamburger Arbeiter und Arbeiterinnen der Delegation das Geleit gaben. Nach ca. 93stündiger Fahrt mit dem Dampfer landete die Delegation in Leningrad, wo trotz größerer Verspätung noch viele Tausende auf die Ankunft der Delegation warteten. Stürmisch war der Empfang, der der Arbeiterdelegation dort zuteil wurde. Daß die Delegation sich nicht auf die Bärenhaut gelegt, sondern mit allem Ernst an die Arbeit gegangen ist, die Verhältnisse in Sowjetrußland zu studieren, beweist allein, daß mehr als 200 verschiedene Betriebe, Organisationen und anderes mehr besichtigt wurden. Dabei wurde überall festgestellt, daß die achtstündige Arbeitszeit strikte eingehalten wird, ja dort, wo die Arbeit mit Gesundheitsschäden verbunden ist, wird nur 6 oder 7 Stunden gearbeitet bei voller Lohnerstattung. Große Mittel werden ausgeworfen für Mutter und Kind. Dabei ist zu betonen, daß die Aufbauarbeit Rußlands erst in den letzten fünf Jahren durchgeführt werden konnte, da die vorhergehenden fünf Jahre der Bürgerkrieg tobte. Interessant war es, die Gehälter der höheren Beamten und Volksbeauftragten kennenzulernen. Den Vergleich mit den deutschen Verhältnissen zog jeder Versammlungsbesucher selbst. Bei Besprechungen, die die Delegation mit den führenden russischen Genossen der Gewerkschaften und der Regierung hatte, zeigt sich das starke Verbundensein mit der großen proletarischen Masse. Die gesamte Delegation hatte sich in drei Gruppen geteilt, die in die verschiedensten Bezirke Rußlands fuhr und dieselben besichtigte. Ueberall war festzustellen, daß rüstig am Werk des Sozialismus gebaut wird. Zum Schluß betonte Genosse Hofmann die Notwendigkeit des Schutzes der Sowjetunion gegen alle imperialistischen Angriffe. Die baldige Herstellung der Gewerkschaftseinheit, an der alle Arbeiter helfen müssen, sei das Gebot der Stunde. Reicher Beifall belohnte seine Ausführungen.

Gerichtsbarkeit in Sowjetrußland

Kulturbund Coßmannsdorf, Somsdorf, Hainsberg. Der Kulturbund Coßmannsdorf, Somsdorf, Hainsberg, dem die politischen Arbeiterparteien und sämtliche Arbeitersportorganisationen angeschlossen sind, hat auch wieder dieses Jahr während der Wintermonate 1927/28 wissenschaftliche Kurse laufen, die für jeden Arbeiter von Wichtigkeit sind. Der letzte Kursus im alten Jahr wurde von Dr. Zeigner über die deutsche Gerichtsbarkeit gehalten, und im Anschluß daran, wird nun unser Genosse Dr. Helm, Dresden, einen 3tägigen Kursus halten über die Gerichtsbarkeit in Sowjetrußland. Dieses interessante Thema des russischen Arbeiter- und Bauernstaates muß jeden Genossen und jede Genossin veranlassen, zu diesen Kursusabenden zu erscheinen. Der Unterschied des kapitalistischen Staates Deutschland und dem Arbeiter- und Bauernstaates Rußlands wird dabei klar herausgeschält. Für ein ganz geringes Entgeld bekommen die Genossen sozialistisches Wissen durch den Kulturbund vermittelt und es ist zu hoffen, daß sich kein Genosse diese Gelegenheit entgehen lassen wird. Die drei Abende kosten 50 Pf., ein Abend 20 Pf., Erwerbslose frei. Karten sind bei allen Funktionären der Partei und an der Kasse zu haben. Die Ortsgruppenleitung der KPD hat beschlossen, jedes Parteimitglied zu verpflichten, diesen Kursus zu besuchen. Es ist zu hoffen, daß die Anstrengungen des Kulturbundes und zugleich der Partei durch zahlreichen Besuch gut belohnt werden. Die nächsten beiden Abende finden am 13. und 17. Januar statt.

Sozialdemokratische „Richtigstellungen"

Kleinnaundorf. Der Gemeinderat, mit dem Bürgermeister Ihle an der Spitze, scheint recht arg von unserer Feststellung über die Ablehnung des Gesuches eines Kriegsbeschädigten durch die bürgerlich-sozialdemokratische „kompakte Majorität" getroffen zu sein. Denn würde er sonst in der „Berichtigung" so „klarstellend" geantwortet haben? Worauf es ankommt, soll hier nochmals festgestellt werden. In drei Sitzungen wurde der Fall des Kriegsbeschädigten behandelt. Die erste war eine kombinierte Sitzung des Wohlfahrts- und Bauausschusses. Dort stimmten für das Gesuch des Betreffenden lediglich die zwei Kommunisten Kleber und Hamisch. Der SPD-Verordnete Michael erklärte unter dem Druck des Auftretens der Kommunisten, er enthalte sich der Stimme, da er den Standpunkt seiner Genossen nicht verstehen könne. Seine Genossen aber stimmten gegen das Gesuch, das hier also bereits mit Mehrheit abgewürgt wurde. Später fiel Michael allerdings wieder um, denn in der zweiten Sitzung, einer nichtöffentlichen Gemeindeverordnetensitzung, an der unser Genosse Kleber allerdings wegen Nachtschicht nicht teilnehmen konnte, stimmten alle Gemeindeverordneten, außer den beiden Kommunisten Fraulob und Hamisch, gegen das Gesuch des Kriegsbeschädigten, obgleich das Wohlfahrtsamt erklärte, das Gesuch berücksichtigen zu wollen. Die dritte Sitzung, die sich mit dem Gesuch beschäftigte, war die des Wohlfahrtsausschusses, in der Genosse Kleber wieder die kommunistische Fraktion vertrat. Dort wurde schließlich mit allen gegen die Stimme Klebers das Gesuch endgültig abgelehnt. Damit steht fest, daß außer den Kommunisten niemand im Gemeindeparlament für den Kriegsbeschädigten eingetreten ist, während für die Bewaffnung der Ortspolizei Geld bewilligt wird. An dieser Tatsache kann keine sozialdemokratische Verhüllungs- und Verdrehungskunst etwas ändern.

Das Pirnaer Tageblatt verleumdet

(Arbeiterkorrespondenz.)

In der am 4. d. M. erschienenen Nummer des Pirnaer Tageblattes berichtet dasselbe über den Prozeß gegen den Genossen Winkler. Liest man den Artikel, so merkt man deutlich die ungeheure Wut, die diese reaktionären Soldschreiber über die Tätigkeit der Kommunisten, insbesondere aber auch des ISB, der von dem Genossen Winkler geleitet wird, haben. Um aller Welt die anständige Art des Journalismus zu demonstrieren, mit dem das Tageblatt zu schreiben gewohnt ist, bringt es zum Schluß folgenden bezeichnenden Satz: „Wenn man sehen, wie der Kommunist Winkler, eine politische Ueberzeugung haben will, und wenn man Kinderumzüge führt, wie das bei ihm öfters vorkommt, wenn er auch nebenher läuft, dann soll man auch den Mut haben, das zu bekennen und sich nicht herausreden wollen." Ganz bewußt und der Wahrheit zuwider unternimmt es hier das Pirnaer Blättchen, als Ableger der großen Hugenbergpresse, durch Verleumdungen des Genossen Winkler ihm der Feigheit zu bezichtigen. Diese Herrschaften scheinen von sich auf andere zu schließen. Dies ist auch wenig verwunderlich, liegt doch in dieser unsauberen politischen Kampfesmanier ihr Beruf. Tatsächlich hat der Genosse Winkler nicht im entferntesten daran gedacht, abzustreiten, daß er an dem Umzug teilgenommen. Selbst die Klassenjustiz, die bei Untersuchungen gegen Kommunisten prompt und „gewissenhaft" arbeitet, konnte nicht den Nachweis erbringen, daß Genosse Winkler als Leiter der betreffenden Demonstration anzusehen war.

Diese schmutzige Art der Bekämpfung eines Gegners wird auch dem letzten Proletarier die Rolle dieser Presse aufzeigen und ihn veranlassen, dieses Blatt aus seiner Wohnung zu werfen. Turmhoch stehen die verleumdeten klassenbewußten Arbeiter über jenen, deren Beruf es ist, andere mit Schmutz zu bewerfen.

Sebnitz. Am Sonnabend dem 7. Januar fand hier ein Unterhaltungs- und Werbeabend des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung statt. Die Rote Truppe Strzelewicz trat hier zum ersten Male auf, der Beifall, welchen die Rote Truppe fand, zeigte, daß man mit den Leistungen zufrieden war. Manchem Sozialdemokraten mochte es wohl nicht so recht passen, man konnte recht lange Gesichter sehen. In der Pause gab Genosse Hasberg die Flugblätter der Freidenker an die Erschienenen aus. Der 1. stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Schwarz, seines Zeichens Sozialdemokrat, sagte: „Jetzt wird der Hasberg seinen Mist abladen." Kirchenfragen sind also Mist bei diesen Herren. Arbeiter von Sebnitz, zieht aus solchen Taten der Sozialdemokraten die Lehre. Tretet ein in die KPD und lest die Arbeiterstimme.

Was sagt der Rat dazu?

Freiberg. (Zustände im Stadtkrankenhaus.) In der Eisengießerei und Kesselschmiede von E. Paschke verunglückte am 2. Januar der Arbeiter Sch. dadurch, daß ihm eine Welle auf die Beine fiel, wobei er beide Beine brach. Er wurde nach dem Stadtkrankenhaus gebracht, wo er jedoch bis Freitag abend ohne Operation liegen blieb, so daß derselbe derart geschwollen ist, daß mit dem Schlimmsten zu rechnen ist. Ob an diesen Zuständen die Jubiläumsfeiern des Chefarztes vom Stadtkrankenhaus schuld sind (worüber die bürgerliche Presse in langen Spalten berichtet), wissen wir zwar nicht, doch ist bald ein anderer Schluß nicht möglich. Mit Bedauern muß dabei noch hervorgehoben werden, daß sich der Betriebsrat erst auf Drängen der Kollegen um das Befinden des Verletzten kümmerte. Arbeiter von Paschke, bedenkt bei der Betriebsratsneuwahl, ob diese Langmütigen eure Interessen vertreten können.

Freidenkerbewegung in Seifhennersdorf

Am Sonnabend dem 7. Januar fand im Hirschsaale ein sehr gutbesuchter Vortragsabend mit Hauptversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung statt.

Die Genossin Cebisch, Naumburg, referierte über das Thema: „Proletarierkinder und der Religionsunterricht." In inhaltreichen Ausführungen zeigte die Genossin den andächtig Lauschenden die Verdummungsarbeit der Kirche aller Konfessionen und ihre Auswirkungen auf die Kinder. Heraus mit den Kindern aus dem Religionsunterricht, das muß der Schlachtruf für alle freidenkenden Menschen, für alle Arbeitereltern sein. Die Zeit braucht Menschen, welche frei sind von religiösen Dogmen, denn nur ein gesundes Herz und Hirn wird die Geschicke des Proletariats meistern können. Ihren Ausführungen wurde starker Beifall gezollt. In der Debatte gaben die Genossen Simm und Freund einige Erläuterungen zum Referat. In der darauffolgenden Hauptversammlung gab Genosse Schuh den Jahresbericht. Der Mitgliederbestand ist am Jahresschluß 305. Es ist mithin ein Zuwachs von 115 Mitgliedern zu verzeichnen (ein sehr schöner Erfolg). Todesfälle 3. Alles in allem wurde gut gearbeitet. Der Genosse Elzschich gab den Stand unserer Finanzen bekannt. Die Einnahme beträgt 526,56 Mark, die Ausgabe 299,27 Mark, der Kassenbestand 227,32 Mark. Entlastung wurde erteilt. Alle ausscheidenden Mitglieder des Gesamtvorstandes wurden einstimmig wiedergewählt. Unter Verschiedenem wurde bekanntgegeben, daß am 28. Januar in der Krone ein Vortrag mit dem Thema: „Jesus von Nazareth oder Marx" stattfindet. — Am 25. März 14 Uhr findet in der Krone die diesjährige Jugendweihe statt. Diesesmal wird ein Sprechchor der Jugend mit eingeflochten.

Ausschluß aus der Partei

Das bisherige Mitglied der KPD, Eppstein, wird aus der Partei ausgeschlossen. Begründung: Eppstein ist Mitglied der Masloworganisation und führt dauernd in Veranstaltungen der Masloworganisation den Kampf gegen die KPD.

Massenkino

Der Weltbühne entnehmen wir folgenden Aufsatz von S. M. Eisenstein:

Ich bin Zivilingenieur und Mathematiker von Beruf. Ich gehe an die Herstellung eines Films in der gleichen Weise, wie an die Einrichtung einer Geflügelfarm oder die Installation einer Wasserleitung. Mein Standpunkt ist ein durchaus utilitaristischer, rationeller, materialistischer.

Wenn das kleine Kollektiv, das ich leite, eine Sache anfängt, so setzen wir uns nicht etwa in einem Bureau zusammen und entwerfen Pläne. Auch gehe ich nicht so für mich hin und warte unter einer Eiche auf die poetische Inspiration. Unser Schlagwort ist „Nieder mit der intuitiven Schöpfung!" Anstatt zu träumen, wälzen wir uns im Leben. Gegenstand unsrer letzten Produktion „Generalnaja Linja" („Die Hauptlinie") ist das Dorf; wir vergraben uns also in die Archive des Ackerbaukommissariats. Tausende Beschwerden der Bauern werden geprüft. Wir besuchen Sowjet-Meetings auf dem Lande und befassen uns mit dem Dorfstratsch. Der Film, der am 1. Januar fertig sein wird, zeigt die Gewalt des Bodens über den Menschen und will dem Städter Zuneigung und Verständnis für unseren Bauern lehren. Wir nahmen die Schauspieler aus Nachtasylen; wir lasen sie auf der Straße auf. Die „Heldin" muß pflügen und eine Kuh melken.

Unsere Filme handeln niemals von einem einzelnen oder einem Dreieck. Wir wollen die Masse zeigen, nicht den Schauspieler. Dies ist eine Auswirkung des kollektivistischen Geistes, der überall im Lande herrscht. Auch wollen wir niemals Teilnahme für das Leben der handelnden Personen im Drama erwecken. Es wäre dies ein Zugeständnis an das Gefühl. Das Kino kann eine viel größere Leistung, einen weit stärkeren Eindruck erzielen, wenn es Dinge und Körper projiziert und nicht Gefühle. Wir photographieren ein Echo und das Ratata des Maschinengewehres. Die Impression ist physiologisch. Unsere psychologische Methode ist einerseits der Lehre des großen russischen Gelehrten Pawloff entnommen, der das Prinzip des Reflektorischen praktisch ausgewertet hat, und anderseits den Lehren Freuds.

Man nehme beispielsweise die Szene im „Potemkin", in der die Kosaken langsam, bedächtig die Hafentreppe von Odessa heruntersteigen, in die Massen feuernd. Durch bewußte Komposition der Elemente Beine, Treppe, Blut, Volk rufen wir eine Impression hervor — von welcher Art? Der Zuschauer fühlt sich zuerst nicht auf die Odessa-Werften des Jahres 1905 versetzt. Aber wenn die Soldatenstiefel unerbittlich abwärtsschreiten, weicht er unwillkürlich mit zurück. Er will aus dem Kugelbereich herauskommen. Und sieht er den Kinderwagen der wahnsinnig gewordenen Mutter auf den Molo hinunterrollen, so hält er sich krampfhaft an seinem Kinosessel fest. Er will nicht ins Meer stürzen.

Unsere Methode der Detailphotographie, ist eine weitere Hilfe im Erzielen solcher Effekte. Einige Länder, in denen die Filmindustrie hochentwickelt ist, verwenden die Detailphotographie überhaupt nicht oder nur selten. Ein Schlitten fährt beispielsweise einen beschneiten Toboggan hinunter und man sieht ihn poliernd abwärtssausen und unten ankommen. Wir photographieren nun die Stöße des Schlittens und der Kinobesucher spürt sie und hört sie sogar, ebenso wie er seinerzeit das Stampfen der Maschinen gefühlt hat, als der Panzerkreuzer Potemkin in die Schlacht fuhr. Aus diesem Grunde vielleicht ist die Bewegung der Dinge und Maschinen in unsern Filmen nicht etwas Nebensächliches, das vorüberhuscht, sondern ein Vorgang von gravierender Bedeutung. Detailtechnik — der Wechsel von Objekt- und Großaufnahme, Seitenansicht, Bilddurchdringung — bildet das wichtigste unserer Arbeit. Solche Methoden können vom Theater nicht übernommen werden. Ich kam beim Proletkult zum Theater, ging aber bald zum Film über. Das Theater ist, glaube ich, eine sterbende Institution. Es ist (für mich) der Boden für den unbedeutenden Kunsthandwerker. Das Kino projiziert schwere, hochorganisierte Industrie. Der ironische Effekt wird bei uns immer scharf durchdacht; ebenso der ideelle Effekt. **Wir beginnen niemals einen Film, ohne zu wissen, warum.** „Potemkin" war eine Episode aus dem revolutionären Heldenkampf, in der Absicht gedreht, die Massen zu elektrisieren. „Generalnaja Linja" soll das Band zwischen Stadt und Dorf inniger knüpfen — eine der künftigen politischen Aufgaben des Bolschewismus. „Oktober", ein Film, der bald überall zu sehen sein wird, schildert die zehn Tage im Herbst 1927, die die Welt erschütterten. Er zeigt ein Stück Weltgeschichte, gemacht von dem Mann auf der Straße, von dem Arbeiter aus der Fabrik, von dem verlausten Soldaten aus dem Schützengraben. Er identifiziert den Mann aus der Masse mit der Weltgeschichte. Gewisse Voraussetzungen machen unsere Arbeit allerdings leicht. **Nacht für Nacht arbeiteten wir mit vier- bis fünftausend Leningrader Arbeitern,** die sich zur Erstürmung des Winterpalais für „Oktober" freiwillig zur Verfügung gestellt hatten. Die Regierung stellte Waffen und Uniformen, ebenso die Armee. Zur Ergänzung der Arbeiter und Soldaten brauchten wir eine Volksmenge. Das Gerücht verbreitete sich rasch und ein paar Stunden später hatte die Miliz alle Hände voll zu tun, um den Andrang der Zehntausende zu regulieren.

Für „Potemkin" wurde uns die Schwarzmeerflotte zur Verfügung gestellt. Am 7. November 1917 schloß sich das Flaggschiff „Aurora" des baltischen Geschwaders den Kommunisten an und fuhr die Newa aufwärts, um das Winterpalais zu bombardieren. Der Staat lieh uns das Schiff zur Verfilmung dieser Szene für „Oktober".

Ebenso wie wir die Stoffe aus dem Leben nehmen, nehmen wir auch die Szenerie aus der Wirklichkeit. Wir bauen niemals Straßen, Städte oder Dörfer. Die vorhandenen sind wahrer. Die Aufnahmeerlaubnis ist leicht erwirkt. Kein Privateigentümer kann gegen das Photographieren von Grundstücken protestieren oder Geld dafür verlangen. Diese Dinge verbilligen selbstverständlich die Produktion sehr.

„Potemkin" war eine Station. „Generalnaja Linja" und „Oktober" sind besser. Sie sind dem Leben näher. Wir lernen ständig. **Wir wissen, daß unsere Methode die einzig richtige ist und daß ihre Möglichkeiten unbegrenzt sind.**

(Berechtigte Uebersetzung von Otto Basil.)

Prinzessin Tarakanoff ist der Titel eines Films, den die Phönix-Film A.-G. mit der Frau des Genossen Lunatscharski in der Hauptrolle herstellen wird. Das Manuskript schrieb Josef Schapiro.

Wer ist Deterding?

Von P. Robin

In der Geschichte des Petroleums, jenes „schmierigen" Stoffes, der analog der Kohle die aufgespeicherte Energie der Sonne von Millionen Jahren darstellt, spielen sich bedeutende und entscheidende wirtschaftliche und politische Probleme des 20. Jahrhunderts wieder. Mit der Erfindung der Erdöldestillation und -raffination sowie besonders seit dem Weltkriege mit der Zunahme der Bedeutung des Petroleums für die Kriegsschiffsfeuerung und als Flugzeugmotorantriebsstoff ist eine Riesenjagd aller Imperialisten nach diesem „Juwel" zu verzeichnen. Seine verschiedenartige und bequeme Verwendungsfähigkeit, wie auch die Neuerungen der Technik sind der Grund für die besonders große Bedeutung des Petroleums, die mit der weiteren Entwicklung ein immer größeres Maß annimmt. Diese bedeutende Rolle, die heute das Erdöl in der Weltwirtschaft spielt, ist die Ursache des **Petroleumkampfes**, der eine dominierende Stellung in der gesamten Weltpolitik einnimmt.

Auch in der Kette der Konflikte zwischen England und der Sowjetunion, die zurückzuführen sind auf die Angriffe des englischen Imperialismus gegen den einzigen Arbeiterstaat, ist die **Oelpolitik** der britischen Kapitalisten ein ungemein bedeutendes Glied. Besonders nach dem Abbruch der anglo-russischen Beziehungen und nach dem kurz daraufhin erfolgten Abschluß der Oellieferungsverträge zwischen amerikanischen Oelkonzernen und der Sowjetunion ist ein verstärktes Treiben der englischen Oelmagnaten zur Bildung einer antisowjetistischen Petroleumfront zu bemerken. Dabei wurde besonders **Deterding**, ein in der angelsächsischen Oelpolitik seit über zwei Jahrzehnten bekannter Diplomat, am meisten genannt.

Sir Henry Deterding ist aus einem holländischen Kolonialunternehmer nach dem Weltkrieg zum „Knight of the British Empire" (Ritter des britischen Reichs) geworden. Wilhelm II. pflegte den deutschen Industriebaronen, wie Krupp, Borsig, Siemens usw., den deutschen Adelstitel zuteil werden zu lassen. Eduard VII., der englische König, ist freigebiger. Auch sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer, insbesondere auch **nichtenglische** Staatsangehörige, können zum Lohn für ihre Verdienste solche hervorragende Geschenke der englischen Majestät erwarten.

Deterding ist kein Engländer. Trotzdem hat dieser Oelmagnat den Rang eines englischen Landedelmannes, besonders für seine Leistungen im Weltgemetzel 1914—18, erhalten.

Am 25. Januar 1901 wurde Henry Deterding zum Nachfolger des im Jahre 1900 verdorbenen Generaldirektors **Keßler** der **Koninklijke Nederlandsche** (oder: Royal Dutch) ernannt. Diese holländische Petroleumgesellschaft wurde im Jahre 1890 zur Petroleumausbeute Indonesiens mit verhältnismäßig geringem Kapital gegründet. Erst mit dem Einzug Deterdings als Generaldirektor dieser Gesellschaft begann ihre Entwicklung zu einem der riesigsten Petroleumkonzerne der Welt. Gleich nach seiner Ernennung schlug Deterding die Politik einer Verbindung mit dem englischen Oelkapital, das sich damals fast ausschließlich in die „Shell Transport and Trading Co.", (eine Petroleumreederei, die kein Produktions- sondern Handelsunternehmen war) gruppierte, ein. Die bis zum Jahre 1907 lose Verbindung zwischen der „Koninklijke" und der „Shell" führte zu einer Zusammenlegung dieser beiden Gesellschaften mit dem erwähnten holländischen Namen.

Deterding will es im englischen Interesse, daß die „Koninklijke" offiziell als holländisches oder „internationales" Unternehmen angesehen wird. Die Finanzen werden so geführt, daß der rein holländische Einfluß in dieser Hinsicht zu über 60 Prozent scheinbar gesichert ist. Die Verwaltungsdirektoren sind ebenfalls Holländer. **Jedoch jede geringste holländische Opposition kann niedergeschlagen werden**; der mächtige Deterding, der wohl holländischer Staatsbürger, aber in erster Linie britischer Edelmann und Generaldirektor der in Wirklichkeit von englischen Kapitalisten beherrschten „Koninklijke" ist, fällt die letzte Entscheidung. Deterding und die Familie **Samuel** — zu dieser Familie gehört unter anderem Sir Herbert Samuel, bekannt als Vorsitzender der königlichen Kohlenkommission, der die englischen Bergarbeiter im vorigen Jahre zum Weißbluten bringen wollte — sind die Spitzen der englischen Oelpolitik und spielen somit eine ungemein große Rolle in der Politik des englischen Imperialismus überhaupt. Während des Weltkrieges 1914 bis 1918 war Deterding der Mann, der die bedeutendste Rolle im Unterseebootkrieg auf englischer Seite führte.

Einige „Leistungen" des Herrn Deterding im Weltgemetzel werden von einem deutschen Kenner der Oelpolitik, Karl **Hoffmann**, in seinem großen Werk: „**Oelpolitik**" folgendermaßen geschildert:

„In Holland wurde ihm gelegentlich nachgeredet, daß er in der Energie seiner Bemühungen um einen britischen Sieg nicht immer auf die gebotene Rücksicht, die er seinem holländischen Vaterland schuldet, den rechten Bedacht genommen habe. Er soll beispielsweise eine holländische Fabrik, die Benzol herstellte, still haben abbrechen lassen, um sie in England wieder aufzubauen. Und so geschah es in den Kriegstagen, daß ein großer Konvoi als Fracht, begleitet von einer Anzahl Kriegsschiffe, in aller Heimlichkeit nachts über die Nordsee fuhr und am anderen Tage in der Themse vor Anker ging. Einige Wochen später habe die Fabrik auf englischem Boden in voller Arbeit gestanden, um das für die Fabrikation des zur Melinitherstellung unentbehrlichen Thenols nötige Benzol zu liefern, welches Holland selbst im Falle eines Krieges hätte entbehren müssen. Ferner soll Deterding auf den Gedanken gekommen sein, die Böden der Handelsschiffe zum Oeltransport zu verwenden, damit mehr Oel nach England gebracht werden könne, sobald die durch den U-Bootkrieg verminderte Tankerflotte ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen schien. Jedenfalls gibt es neben dem amerikanischen Stahltrust und der Standardgruppe kein industrielles Unternehmen, das bis zum Endsiege der Ententemächte so nachdrücklich beitrug, wie der angeblich internationale Konzern der „Shell-Royal-Dutch".

Stolz auf seine „Leistungen", ließ er sich nach dem Kriege von dem früheren Leiter des englischen Pressedienstes, P. G. A. **Smith**, in einer besonderen Schrift verherrlichen, die den Titel führt: „The Shell that hit Germany hardest" (zu deutsch: Die Shell bedroht Deutschland schwer).

Nach dem Kriege schmiedete Deterding in erster Linie Pläne zum Kampf gegen die sowjetrussische Oelpolitik. Deterding wurde im Jahre 1922 Vorsitzender der in Paris gegründeten „Groupment International des Sociétés Naphtifères en Russi" (Internationale Gruppe der Petroleumgesellschaften in Rußland) der „Einheitsfront" aller durch die Oktober-Revolution aus der Sowjetunion herausgeworfenen fremden Oelkapitalisten gegen die Arbeiter- und Bauernunion.

In Mexiko, in Mossul, im ganzen Balkan, kurz: überall, wo es heißt, aus der „schmierigen Ware" auf Kosten der unterdrückten Kolonialvölker Kapital zu schlagen, dort ist Henry Deterding.

Seit 1924, mit der Steigerung der Konflikte im imperialistischen Lager sowie zwischen England und der Sowjetunion, versuchte Deterding mit angestrengten Kräften der Oelpolitik der UdSSR einen Schlag zu versetzen. Einerseits durch mehrmaliges „freundschaftliches" Ersuchen um Konzessionen, anderseits durch Boykotterklärungen und Drohungen wollte dieser gefürchtete Oelmagnat Englands Politik gegen die Sowjetunion zum Siege verhelfen. Auch hinter den überall niedergeschlagenen konterrevolutionären Putschversuchen in der Sowjetunion steckten mehr oder weniger die Absichten Deterdings und des englischen Oelimperialismus, die petroleumhaltigen Gebiete der Sowjetunion loszureißen und unter den Einfluß der Weltölkonzerne zu bringen.

In den letzten Monaten, wo der englische Imperialismus die Einheitsfront gegen die Sowjetunion neuerdings herzustellen versucht, trat Deterding erneut auf den Plan. Neue wirtschaftliche und politische Intrigen wurden geschmiedet, um die im Aufbau begriffene sowjetrussische Oelindustrie zu zerschmettern. Zuerst begann Deterding mit einer neuen Boykotterklärung gegen das „geraubte" russische Erdöl. Diesem Boykott sollten sich die kapitalistischen Staaten anschließen. Aber als die zwei größten amerikanischen Erdölkonzerne ihre Verträge mit der Sowjetunion verlängerten und bedeutend erweiterten, schrie Deterding zetermordio; er war gezwungen, nur auf die französische Karte zu setzen. Er organisierte und finanzierte eine Hetzkampagne der als korrumpiert genügend bekannten französischen Boulevardpresse gegen die Sowjetunion. Und wie in den letzten Tagen bekannt wurde, steckt Deterding auch hinter der faschistischen Tscherwonetzfälscherbande. Deterding hatte also die Absicht, mit solchen Mitteln die russische Währung zu erschüttern.

Da in allerletzter Zeit die Stellung Englands auf dem Petroleummarkte zugunsten Amerikas und Rußlands weiterhin geschwächt wurde, ist zu erwarten, daß Deterding von seinen schurkischen Methoden nicht ablassen, alle erdenklichen Mittel erproben wird, um die Machtentfaltung der Sowjetunion zu hemmen und der proletarischen Außenpolitik der Sowjetunion Niederlagen zu bereiten.

Deterding ist berufen, im Kampf gegen die Sowjetunion die „erste Geige" zu spielen. Er wird gedeckt von den konservativen Dickköpfen in England und den französischen Hetzern. Aber eben so wie bisher wird sich der neugebackene Ritter Henry Deterding im Kampf gegen die sowjetrussische Politik an dem wachsenden Widerstand des Weltproletariats die Zähne ausbrechen und an dem revolutionären Feuer der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion seine Finger gehörig verbrennen.

Arbeitersport

Achtung, Vereine! Spielverbot!

Anläßlich des **Kreismeisterschaftsspieles** am 15. Januar, 14 Uhr, auf dem Platz an der Stolle-, Ecke Lange Straße zwischen **Dresden-Löbtau** und **VfR Löbau** herrscht ab 13 Uhr **Spielverbot** für das Gebiet der Stadt **Dresden**. Alle Vereine werden ersucht, trotz der kurzen Zeit lebhaft für das Spiel zu werben.

Die Kreisleitung für Fußball.

Fußballbezirk Oberlausitz.

Es war bisher im Bezirk fast nichts los, doch jetzt scheint man allmählich zu erwachen. Diesmal macht TB Laucha mit zwei Spielen die Ausnahme.

Bautzen 1 empfängt den Bezirksmeister Weker 1 Görlitz auf eigenem Platze. Die Wackerleute verfügen wohl über ein gutes System, [illegible] werden sie den unbedingt besseren Bautznern den Sieg nicht streitig machen können (14.30 Uhr).

Wilthen 1 weilt auch in Bautzen und spielt gegen die dortige 2. Elf. Hier sollte es umgedreht werden, denn die Wilthener sind gefährlich und werden wohl die Oberhand behalten (13 Uhr).

Neue Anschrift. **Sportabteilung Kirschau**; Walter Sprigade, Kirschau, Kesselstraße 49.

Kreiswintersportfest in Altenberg

Die gemeldeten Vereine zum Festabend (Löbtau, 1885, Striesen, Leuben, Friedrichstadt, Bezirksschule) haben sich 20 Uhr beim Gen. **Wüstehold** zu melden. Fackeln werden zum Selbstkostenpreis abgegeben. Armbinden für Festleitung, Kampfrichter, Ordner werden in Altenberg ausgegeben. Die Armbinden sind am Ende des Festes unbedingt wieder abzuliefern.

Fußball

am 15. Januar 1928, an der Stolle-, Ecke Lange Straße / Anstoß Punkt 14 Uhr

Kreis-Meisterschaftsspiel
Dresden Löbtau — VfR Löbau

4. Kreis, 9. Bezirk (Plauenscher Grund—Freiberg). Am 12. Februar findet um 9 Uhr in der Alten Post in Freital-Deuben, Bahnhofstraße, unser diesjähriger Bezirkstag statt. Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: 1. Berichte; 2. Unser Kreisfest; 3. Kreistag; 4. Bundestag; 5. Bezirksschule; 6. Anträge; 7. Neuwahlen; 8. Bezirksangelegenheiten. — Delegationsmodus ist wie alljährlich festgelegt. Turnerinnen, Fußballer und Schwimmer entsenden auf 30 Mitglieder einen Delegierten. Jede Abteilung muß vertreten sein. — Anträge müssen bis 1. Februar, Berichte der Sparten sowie der Techniker bis 15. Januar und ebenso die Bezirksfragebogen vor allen bis zum 15. Januar an die Adresse des Bezirksvertreters, Rich. Liste, Freital-Deuben, Wehrstraße 27, eingereicht sein. — Sonntag, den 22. Januar: Bezirksratssitzung.

1. Gruppe, Spielmannszug. Donnerstag den 26. Januar 19.30 Uhr im Restaurant Kristallpalast Vollversammlung. Spielleute, denkt an das Kreisfest.

2. Bezirk, 4. Gruppe. Lehrstunde für Turnerinnen Sonnabend den 14. Januar 19.30 Uhr in der Turnhalle Cunnersdorf. Anschließend Sitzung. Jeder Verein muß erscheinen.

5. Gruppe (Heide). Sonnabend den 14. Januar 19.30 Uhr technische Sitzung im Bahnhofsrestaurant Guhr in Ottendorf. Erscheinen aller Turnwarte ist Pflicht. Fragebogen nicht vergessen. — Sonntag den 15. Januar 8 Uhr Gruppenriegenturnen bei bei Hanta in Ottendorf.

Freier Turn- und Sportverein Dresden-Neustadt. Sonntag den 29. Januar 15 Uhr Generalversammlung im Prießnitzbad. Anträge sind bis 20. Januar an Scherf, Oppellstraße 58, bei Mißbach, einzureichen.

Freie Turner Zschachwitz. Die Jahreshauptversammlungen der Turn-, Spiel- und Sportabteilungen finden gemeinsam am Freitag dem 13. Januar 19.30 Uhr im Sportheim statt.

Fußballabteilung Radebeul. Freitag den 13. Januar, 19 Uhr: Generalversammlung in der **Rosenschänke**. Erscheinen aller ist Pflicht.

Fußballabteilung „**Helios**". Sonnabend den 14. Januar, 20 Uhr im Sportheim: Versammlung.

Freier Turn- und Sportverein Dresden 1885 (E. V.). Freitag den 13. Januar, 20 Uhr, im Restaurant zur Kette: Hauptverwaltungssitzung. — **Sonntag den 22. Januar, 15 Uhr**, im Gasthof Uebigau: Generalversammlung. Anträge schriftlich bis 13. Januar an den Vorsitzenden.

Pirnaer Sportverein 1901. Sonntag den 15. Januar, vorm. 8.30 Uhr, im Volkshaus Pirna: Außerordentliche Funktionärkonferenz. Stellungnahme zur Jahreshauptversammlung.

Sportverein Dresdner Straßenbahner, Spiel am 11. 1. 1928: Reugruna 1—Wa. 1 3:3. Zwei gleiche Gegner. Schiedsrichter gut.

Turn- und Sportverein „Frischauf", Cunnersdorf. 22. Jan., 18 Uhr: Kinderkonzert Prinzenhöhe.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Ebersbach, 4. Kreis, 4. Bez. Sonnabend den 14. Januar, 19.30 Uhr im kleinen Kretschamsaal: Jahreshauptversammlung. Äußerst wichtige Tagesordnung.

Freie Turn- u. Sportvereinigung Steuppen und Umg., E. V. Sonntag den 15. Januar 13.30 Uhr findet im Gasthof Alberthöhe, Struppen, unsere Jahreshauptversammlung statt. Auf Grund der wichtigen Tagesordnung darf kein Mitglied fehlen.

Arbeiter-Mandolinisten, Harmonie, Neustadt. Freitag den 13. Januar Mitwirkung in Stadt Leipzig. Alle Spieler erscheinen. Kleidung wie üblich. Anfang 19.30 Uhr.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Zschachwitz. 15. Januar Tageswanderung Oelsengrund, Sattelberg. Ab 6.52 Uhr (Bf. Gottleuba). Führer Marole. — 18. Januar Liederabend.

Arbeiter-Radfahrer, Ortsgruppe Leuben-Dobritz. Sonnabend den 21. Januar: Weihnachtsvergnügen im Gasthof Dobritz, verbunden mit Ausrauschlotterie. Anfang 19 Uhr. Gäste willkommen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, Ortsgruppe Ebersbach, Sa. Sonnabend den 14. Januar 20 Uhr Mitgliederversammlung im Rathaus zum goldenen Löwen.

Amtliche Bekanntmachungen

— Freital —

Freibank.

Freitag den 13. Januar ab 7.30 Uhr findet Verkauf von Rindfleisch in rohem und gekochtem Zustande auf der Freibank im Stadtteil **Potschappel**, Hof des früheren Rathauses statt. Preis pro Pfund roh 15 Pf., gekocht 40 Pf.

Rat der Stadt Freital, den 12. Januar 1928.

— Ottendorf-Okrilla —

Freitag den 13. Januar 1928 20 Uhr im Rathause **Sitzung der Gemeindeverordneten.**

Ottendorf-Okrilla, den 12. Januar.

Achtung! Grundstein-Krankenkasse Dresden-Striesen

Am 15. Januar, 10 Uhr, bei Kutzleb, Dornblüthstraße 33, **Generalversammlung.**

I. A.: Theo Bauer.

Achtung!

Sonnabend, den 14. Januar, 19.30 Uhr, in Hases Gasthof, Neugruna, spricht Genosse **Hofmann (SPD)**, Niedersedlitz, **Delegierter d. 3. Rußland-Delegation** über

Sowjet-Rußland!

Arbeiter, Kleinbauern und Gewerbetreibende von Gruna-Jessen und Umgegend erscheint in Massen!

Sport- und Kulturkartell Gruna-Jessen und Umg.

Zucker

bei 1 Pfd. 0.33, bei 10 Pfd. 0.30, im 2-Zentner-Sack 0.29

Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik **Richard Selbmann**, Grenadierstraße, Ecke Dammweg

Stahlwaren ● Schleiferei

Paul Wallmüller sen., Copitz

Pratzschwitzer Straße 21, a. d. Bahnunterf.

Arbeiter, kauft eure **Arbeitssachen** und **Hemden Unterhosen Sportwesten Socken Hosenträger** Taschentücher usw. bei **Ernst Klaar** Liliengasse 52 Ecke Josephinenstraße (Nähe Ostrafrauenstraße)

Alle Lebensmittel ● billig ●

Wilh. Baege Pirna Marktgasse 6% Rabatt

Restaurant **Bergkeller** Meißen / Kaltberg

[illegible]

Anna verw. Fischer

Sämtliche altbekannten **Biere** liefert frei Haus und Hausflur

Kurt Noack Dohnaischer Platz

Alle Lebensmittel Äußerst billig!

Fritz Leuschke Pirna-Copitz Pillnitzer Str. 11

Rädelsburg-Lichtspiele

Dresden-N., Großenhainer Str. 145 Fernruf 51721 / Straßenbahn Linien 6 u. 1

Ab Donnerstag bis mit Sonn.: Der gewaltige spannende Abenteurerfilm

Der größte Gauner des Jahrhunderts

In der Hauptrolle: **Luciano Albertini**

Sonntag nachmittag nur 14 Uhr Große Kindervorstellung

Beginn der Vorführungen: Werktags 18.30, 20.30; Sonntags 16, 18.15, 20.30

Dampfbäckerei mit elektr. Betrieb

ff. Frühstücksgebäck

Otto Hering, Dresden-N.

Löbnitzstraße 13 / Fernsprecher 54137

Kaisergartentunnel Meißen

Freitag den 13. Januar

Schlachtfest

Gasthaus „Stadt Magdeburg" Meissen

Heute Donnerstag sowie Freitag und Sonnabend

Grosses Schlachtfest

[illegible]

Zu den Ortsverwaltungswahlen im Einheitsverband der Eisenbahner

Im Laufe des Januars finden die Ortsverwaltungswahlen im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands statt. Da die Verbandsbureaukratie befürchtet, die Quittung der Eisenbahner bei diesen Wahlen zu bekommen, versucht sie mit allen demagogischen Kniffen ihre verhängnisvolle Politik ungeschehen zu machen. Außerdem wendet sie alle Mittel an, um den Einfluß der Opposition zu brechen, sei es durch Ausschlüsse, wie das gegenwärtig wieder in Königsberg der Fall ist, wo man vom vollen Vertrauen der Mitglieder getragene Kommunisten ausschließt, gleichzeitig aber politisch und moralisch verkommenen Elementen die Leitung des Verbandes in diesem Bezirke überläßt.

In dem Verbandsorgan des Einheitsverbandes Nr. 1 vom 1. Januar versucht nun der Hauptvorstand des Einheitsverbandes, angesichts der bevorstehenden Wahlen in einem Artikel mit der Ueberschrift „Jahreswende — ein Rück- und Ausblick" seine Politik zu verteidigen. Es ist ein von der Bureaukratie wiederholtes und leider zu oft bewährtes Mittel, nach Abschluß einer Bewegung mit radikalen Phrasen die Arbeiterschaft zu beruhigen, obwohl es immer wieder das gleiche Lied ist, das die Mitglieder des Verbandes zu hören bekommen. Was sich aber die Leitung des Einheitsverbandes in diesem Artikel den Mitgliedern gegenüber erlaubt, ist ein Täuschungsmanöver besonderer Art. Die Reformisten spekulieren auch hier wieder auf die Vergeßlichkeit der Eisenbahner. So spricht man in dem Artikel von der Rationalisierung, die das Leben der Eisenbahner zur Qual macht, von Menschlichkeit und Wirtschaftlichkeit der Reichseisenbahndirektion und kommt dann auch auf die Lohnverhältnisse der Eisenbahner zu sprechen. In diesem Abschnitt des Artikels zeigt sich die ganze Demagogie der Bureaukratie. Es heißt dort:

„Und die Lohnempfänger? Für sie hat die Verwaltung aus freiem Ermessen nichts getan. Der für verbindlich erklärte Schiedsspruch brachte zwar eine allgemeine Zulage von 4 Pf., fesselte aber die Organisation bis zum Frühjahr 1928. Die am 1. Oktober v. J. erfolgte Zulage von einem Reichspfennig wirkt angesichts der Teuerung wie ein Hohn. Bei Bemessung der Ortslohnzulagen wollte die Verwaltung großzügig verfahren. Das Resultat legt Zeugnis ab, was man dort darunter versteht. Konsequent wurde eine Weihnachtsbeihilfe abgelehnt. Die Eisenbahner mögen nachdenken, welcher Unterschied zwischen tönenden Phrasen und Weihnachtsklängen und der rauhen Wirklichkeit besteht."

Wir fügen dem hinzu, daß die Eisenbahner auch nachdenken müssen über das Verhalten der Verbandsleitung anläßlich der Lohnbewegung. Denn sie war es, die dem jetzt von ihr verurteilten Schiedsspruch ihre Zustimmung gab, und das in dem Augenblick, als die Teuerung schon mit aller Kraft eingesetzt hatte. In solchen Zeiten einem Schiedsspruch zuzustimmen, mit der Maßgabe, daß neben den ungenügenden Lohnerhöhung im April 1927 noch ein ganzer Pfennig für den 1. Oktober gegeben werden solle, ist wirklich ein Hohn. Hinzu kommt noch die Bewertung der Schlichtungsordnung in diesem Artikel. Ueber sie schreibt der Verbandsvorstand folgendes:

„Die Schlichtungsordnung, von der sich manch einer viel versprochen hat, wurde 1927 zur Fessel für die Arbeiterschaft. Weitgehende Rücksicht auf Wirtschaft und Unternehmertum kennzeichnet die Spruchpraxis. Leistungen von Ueberstunden weit über den Achtstundentag hinaus wurden angeordnet. Durch Verbindlichkeit knebelte man die Gewerkschaften für lange Zeit; ungenutzt blieb infolgedessen vielfach die günstige Konjunktur."

Richtig! Aber was unternahm die Bureaukratie gegen die Knebelung der Gewerkschaften?

Wir wollen als Beispiel das gegenüberstellen, was die Verbandszeitung nach Abschluß der April-Bewegung zum Schlichtungswesen bzw. dem Schlichter Dr. Meves gegenüber zu sagen hatte:

„Noch eine Pflicht haben wir zu erfüllen. Herr Dr. Meves hat den Dank aller Eisenbahner verdient, und dem wollen wir Ausdruck geben. Er hat nicht nur schnell gehandelt, er hat auch bei so harten Gegnern in Geduld den rechten Weg gefunden, der die Niederlage einer Partei erträglich machte und hat dadurch für friedliche Weiterarbeit gesorgt. Das Reichsarbeitsministerium und vor allem Herr Dr. Meves haben durch ihr Handeln dem Schlichtungswesen etwas von seinem verlorenen Ansehen wiedergegeben."

Wie ist dieses — Urteil mit dem obenstehenden in Einklang zu bringen?

Man muß schon sagen, daß die Bureaukratie des Einheitsverbandes den Mitgliedern ihre Politik des Zurückweichens in jeder Situation mit aller Gerissenheit verteidigt. Nur sind immer die Eisenbahner die Opfer dieser Politik. Ueber die wirklichen Ursachen am Raub des Achtstundentages, über die Mitwirkung des Vorstandes bei der Schaffung der Dienstdauervorschriften, über die Zustimmung der Sozialdemokratie zur Schlichtungsordnung, über den ungeheuren Verrat der Sozialdemokratie während des Eisenbahnerkampfes 1922 werden die oppositionellen Eisenbahner bei den kommenden Wahlen sprechen und damit den Nachweis erbringen, daß es nur Heuchelei ist, wenn die Bureaukratie ein solches Urteil über das Schlichtungswesen abgibt, während sie doch in Wirklichkeit die stärksten Stützen dieser Einrichtungen waren und heute noch sind.

In einem weiteren Absatz des Artikels wird das neue Strafgesetz mit seinen Antistreikparagraphen angezogen, verurteilt und ein Vergleich mit dem Arbeitsgericht angestellt. Die Arbeitsgerichte, die nach Auffassung des Verbandsvorstandes „sozialen Geist atmen", werden als ein greifbarer Erfolg zielbewußter Gewerkschaftsarbeit gepriesen. Es scheint auch hier, als wenn die Leute vom Hauptvorstand sich wenig um die Urteile kümmern, die die Arbeitsgerichte seit ihrem Bestehen gefällt haben, denn sonst könnten sie derartige Worte über eine ausgesprochene Klassenjustiz, auch wenn diese den Namen Arbeitsgericht trägt, nicht schreiben. Erwähnt doch der Verbandsvorstand in seinem Artikel, daß ein Dutzend Industriekönige sogar den Gesetzen Trotz bieten und nicht einmal den Schwerarbeitern die gesetzlich gewährleistete Erleichterung zugestehen wollen. Nur etwas vergißt der Hauptvorstand des Einheitsverbandes, der die Arbeitsgerichte als einen Erfolg zielbewußter Gewerkschaftsarbeit hinstellt, daß das Arbeitsgericht in Bochum die einstweilige Verfügung, durch die die Unternehmer veranlaßt werden sollten, die abreschwächte Verordnung gegenüber den Schwerarbeitern durchzuführen, wieder aufhob. Neben den vielen anderen Urteilen, die seit dem 1. Juli seit dem Bestehen der Arbeitsgerichte gegen Arbeiter gefällt wurden, ist das ein neuer Beweis für die reaktionäre Arbeitsgerichtsbarkeit.

Wir haben nur einige Punkte aus dem Neujahrsartikel des Verbandsvorstandes einer Kritik unterzogen, der zu dem Zweck geschrieben ist, um die verräterische Haltung des Verbandsvorstandes zu verdecken.

Die Stimmung in den Betrieben der Reichsbahn nimmt immer mehr zu gegen den reformistischen Kurs, der zu einer unerträglichen Lage für die Eisenbahner geführt hat. Die Opposition hat die Aufgabe, den neuesten Schwindel des Verbandsvorstandes bei den Mitgliedern zu entlarven. Klarheit über die Vergangenheit wird die Gegenwart verständlich machen und zugleich die Wege aufzeigen, die von den Eisenbahnern beschritten werden müssen, um den Reformismus zu überwinden. Die im Januar stattfindenden Ortsverwaltungswahlen geben den Mitgliedern des Einheitsverbandes die Gelegenheit, abzurechnen mit dem reformistischen Kurs. Die Losung aller im Einheitsverband organisierten Eisenbahner ist deshalb:

Wählt bei den kommenden Ortsverwaltungswahlen oppositionelle Arbeiter! Wählt Kommunisten!

Die Arbeitslosigkeit in Sachsen

37 652 Arbeitslose in 14 Tagen

Die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge ist vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1927 von 85 827 auf 123 479, also um 37 652 gestiegen.

*

Das Landesamt berichtet über die Arbeitsmarktlage: Die Zunahme des Gesamtangebotes auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch weiterhin noch fortgesetzt. In den Außenberufen hat zwar im Zusammenhang mit der milder gewordenen Witterung eine leichte Besserung eingesetzt, in der Industrie hat sich jedoch teilweise der Rückgang im Beschäftigungsgrade verschärft, insbesondere in der Tafelglas-, Metall- und Holzindustrie. Es machen sich hier Rückwirkungen der Saisonarbeitslosigkeit in den Außenberufen, insbesondere im Baugewerbe, bemerkbar. In der Stickerei-, Spitzen- und Gardinenindustrie ist der Bedarf geringfügiger, z. T. haben auch Entlassungen stattgefunden. Im Nahrungsmittelgewerbe ist, mit Ausnahme der Zigarrenindustrie, die Nachfrage allgemein zurückgegangen. Dasselbe gilt auch für das Bekleidungsgewerbe, wo insbesondere im Schneidereigewerbe ein starkes Nachlassen des Beschäftigungsgrades beobachtet werden kann. In der Papier verarbeitenden Industrie und im graphischen Gewerbe sind ebenfalls allgemeine Einschränkungen vorgenommen worden, so daß hier das Angebot an Arbeitskräften merkbar zugenommen hat. Im Gastwirtsgewerbe ist die Nachfrage nach Arbeitskräften gestiegen; in den meisten Fällen handelt es sich allerdings nur um einen vorübergehenden Bedarf. Im Transport- und Verkehrsgewerbe beschränkt sich die Nachfrage auf Kraftfahrer und Kohlenarbeiter. Der Bedarf der Reichsbahn ist stark zurückgegangen. Auf dem Arbeitsmarkte der Angestellten hat infolge des Quartalwechsels das Angebot erheblich zugenommen, die Nachfrage hat sich nicht entsprechend gesteigert.

Zusammenfassend kann also von diesem Bericht gesagt werden, daß auch das Landesamt für Arbeitsvermittlung, wenn auch mit vorsichtigen Worten, das Einsetzen der Krise zugeben muß.

Sonderbare Taktik des Zentralverbandes der Heizer und Maschinisten

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Firma Julius Pintsch A.-G., Berlin, unterhält seit 1925 in Deutschland zirka 40 Oelgasanstalten. Für diese Betriebe gab es bis 1. Oktober 1927 keinen Tarif. Auch in Dresden ist seit Juni 1926 eine solche Oelgasanstalt in Betrieb. Die dort beschäftigten Leute sind restlos im DMV organisiert und führten seit Juli 1926 mit Hilfe des Verbandes den Kampf um einen Manteltarif und um Lohnerhöhung. Alle Versuche, den Lohn, der am 1. Juni 1926 85 Pf. betrug, etwas zu erhöhen, scheiterten, desgleichen die Versuche, einen Manteltarif abzuschließen. Im Dezember 1926 machte die Firma auf energisches Drängen der Belegschaft das Zugeständnis, für Nachtschicht 10 Prozent, für Sonntagsarbeit 33 ein Drittel Prozent und für Arbeit an hohen Feiertagen 60 Prozent Zuschlag zu zahlen. Damit war den Leuten wenig geholfen, denn sie hatten immer noch keinen Tarifvertrag. Der Kampf ging deshalb weiter. Im Juli 1927 forderte der DMV die Firma vor den Schlichtungsausschuß. Die Firma wurde beauftragt, binnen 4 Wochen einen Tarif zu tätigen. Diesem Auftrage kam die Firma nicht nach, da sie ja mit noch anderen Organisationen in Verhandlung stand, u. a. auch mit dem Staats- und Gemeindearbeiterverband, der sich ebenfalls, da einige Arbeiter dort organisiert sind, ernstlich um den Abschluß eines Mantel- und Lohntarifs bemühte. Aber auch dessen Mühe war umsonst, denn es hatte sich ein rettender Engel für die Firma gefunden, der weit günstigere Tarifvorschläge mitbrachte. Hatten die übrigen Verbände für besonders schmutzige und gesundheitsschädliche Arbeiten Zulagen verlangt, so fand man beim Hauptvorstand des Zentralverbandes der Heizer und Maschinisten nichts von dem. Am 12. Oktober trat die Belegschaft der Oelgasanstalt Rummelburg, die restlos im Staats- und Gemeindearbeiterverband organisiert ist, in den Streik. Am 15. Oktober forderte die Firma vom Arbeitsnachweis Leute; der Leiter des Facharbeitsnachweises, Appelt (Mitglied des Verbandes der Heizer und Maschinisten), erhielt auf eine telephonische Anfrage vom Hauptvorstand Pappert die Antwort, daß ein Streik für den Heizer- und Maschinistenverband nicht in Frage käme, da am 5. Oktober ein Tarif abgeschlossen sei. Also am 15. schloß Pappert mit der Firma einen Vertrag ab, den er auf den 5. zurückdatierte. Wie nennt man das, Herr Pappert? Die Rote Fahne hat das Unglaubliche aber Wahre etwas unter die kritische Lupe genommen. Darob entstand große Entrüstung. So etwas dürfen die Mitglieder nicht erfahren, denn das stärkt die Opposition. Aber es läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Die Beweise für diesen Betrug an den Arbeitern der Oelgasanstalten sind da. Der durch Herrn Pappert und den christlichen Metallarbeiterverband mit der Firma abgeschlossene Manteltarif ist nichts anderes als die Arbeitsordnung der Firma (Oelgasanstalt). Das Lohnabkommen, das bis 1. April 1928 läuft, ist ein Prachtstück. Herr Pappert hat es fertig gebracht, den Lohn anstatt auf- abzubauen. 37 Anstalten erhielten Aufbesserungen bis 15 Pf. die Stunde, Dresden, Kottbus und Allenstein nichts, außerdem entzog man ihnen die 10 Prozent Zuschlag für die Nachtschicht. Dafür gibt es Sonntags 50 Prozent und an 1. hohen Feiertagen ausschließlich Neujahr 100 Prozent. Das ergibt ein plus von rund 2,50 Mk. wöchentlich. Auf einen energischen Protest des Betriebsobmannes, warum keine Erhöhung für Dresden und warum der Wegfall des Neujahrszuschlages in Frage kommt, bekam derselbe die Antwort: In anderen Städten gibt es auch keinen Zuschlag. Die erstere Frage wurde nicht beantwortet. Die Arbeitsverhältnisse in einer Oelgasanstalt scheint Herr Pappert nicht zu kennen, oder sollte es sich bei ihm bewahrheiten: „Sattseln macht vergessen". Ich empfehle ihm, eine 12-Stundenschicht mal in Dunst und Dreck und Hitze zu verleben. Interessant war es, daß der Bezirksleiter des Heizer- und Maschinistenverbandes in Dresden, als er den Tarif erhielt, noch nicht einmal wußte, daß in Dresden eine Oelgasanstalt besteht. Auch vom DMV ist ein energischer Protest über diesen schändlichen Verrat an der Arbeiterschaft erhoben worden.

Gewerkschaftliches

Achtung, Metallarbeiter!

Freitag 13. Januar 19,30 Uhr im Stadtcafé, Postplatz, 1. Stock große Fraktions-Vollversammlung.

Tagesordnung: 1. Referat: „Die Stellung der Opposition zum Tarifvertrag; 2. Stellung zur Neuwahl der Ortsverwaltung. Erscheinen eines jeden oppositionellen Metallarbeiters des DMV ist Pflicht. Die Betriebszellen sind für Kontrolle der Teilnahme ihrer Mitglieder an dieser Versammlung verantwortlich. Mitgliedsbuch des DMV und der Partei mitbringen. Frakt.-Ltg.

Ortsausschuß Neugersdorf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Donnerstag den 12. Januar, 20 Uhr, Sitzung im Restaurant zum Nußbaum. Von 19 Uhr an Vorstandssitzung in demselben Lokal.

Verantwortlich für Politik: Bruno Goldhammer, Dresden; für Lokales: Richard Spengler, Dresden. — Druck: „Peuvag", Dresden.

An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(30. Fortsetzung.)

„Gut, ich werde es tun, aber halten Sie ein paar Straßen weiter entfernt an, in dieser Gegend kennt man Ihr Auto zu genau."

Die Nachfrage im Stadthaus der Words zeitigte das gleiche Ergebnis; auch hier wußte man nur, daß Herr und Frau Word nach dem Jagdhaus gefahren waren.

Harvey war der Verzweiflung nahe; wie konnte er in dieser Millionenstadt ohne den geringsten Anhaltspunkt seine Frau finden?

„Wir müssen dennoch die Polizei benachrichtigen," sagte er tonlos.

„Telephonieren Sie vorher noch ins Jagdhaus," riet Samuel Katzenstein. „Vielleicht hat sich inzwischen dort etwas ereignet, das uns auf eine Spur bringt."

Sie hielten das Automobil an und betraten ein Restaurant.

„Ich kann nicht telephonieren," sprach Harvey und sank schwer auf einen Sessel. „Mir zittern alle Glieder, ich bräche am Telephon zusammen."

Der alte Hausierer verfügte sich in die Telephonzelle. Nach wenigen Minuten kam er strahlenden Gesichts zurückgelaufen.

„Nun," keuchte Harvey mit versagender Stimme.

„Sie ist dort!"

„Ist dies auch bestimmt wahr?"

„Ja. Ich fragte am Telephon nach Ihnen und erhielt die Antwort, Sie seien in aller Frühe nach der Stadt gefahren, Frau Word jedoch sei daheim. Um meiner Sache ganz sicher zu sein, ließ ich Ihre Frau ans Telephon bitten."

„Und sie kam? Sie hörten wirklich Graces Stimme?"

„Ja. Sie fragte, ob ich nichts von Ihnen wüßte, sie begreife nicht, weshalb Sie so früh in die Stadt gefahren seien. Ich teilte ihr mit, Sie würden in spätestens zwei Stunden daheim sein."

Harvey vermochte kein Wort hervorzubringen; er faßte die Hand des alten Kassierers und drückte sie so fest, daß dieser vor Schmerz fast aufschrie. Dann sprang er vom Sessel auf und eilte zum Automobil. Samuel Katzenstein wollte sich verabschieden, aber Harvey zog ihn ohne weiteres in den Wagen.

„Sie müssen mitkommen; allein ertrage ich die Fahrt nicht. Mein Gott, was alles kann nicht geschehen, bis ich daheim ankomme! Ich bitte Sie, mein Freund, kommen Sie mit."

Samuel Katzenstein verging bei dieser Fahrt Hören und Sehen. Das Automobil raste mit einer erschreckenden Schnelligkeit dahin, bei jeder Biegung vermeinte der alte Mann hinausgeschleudert zu werden, und er atmete erleichtert auf, als sie in der Ferne die braune Holzvilla erblickten.

Harvey sprang aus dem Automobil; totenblaß, mit zusammengebissenen Zähnen eilte er ins Haus, das Herz pochte ihm zum Zerspringen.

In der Vorhalle kam ihm Grace entgegen. Als sie ihn erblickte, färbte sich ihr blasses Gesicht glühendrot, sie lief auf ihn zu, umschlang ihn mit beiden Armen.

„Harvey! Harvey!"

Samuel Katzenstein, der dem jungen Manne langsam gefolgt war, nickte befriedigt; hier schien alles wieder in Ordnung zu sein.

*

Später, im kleinen traulichen Salon, besprachen die drei die Ereignisse der vorhergegangenen Nacht.

„Ich verstehe gar nichts," sagte Grace in ängstlichem Ton, nach Harveys Hand greifend und sie festhaltend. „Ich erwachte heute morgen im Wald, etwa eine Stunde von hier entfernt. Wie ich hinkam, was vorher geschah, weiß ich nicht. Ich fühlte mich todmüde. Mit Mühe gelang es mir, den rechten Weg zu finden, und als ich endlich daheim anlangte, warst du fort."

Harvey berichtete ihr kurz und schonend, was sich in der Nacht zugetragen hatte und wie er sich in der Stadt gesucht habe.

„Du vermagst dich an nichts zu erinnern, Liebste?" fragte er.

„An gar nichts."

Harvey betrachtete sie prüfend; sie sah blaß und abgespannt aus, doch blickten ihre Augen ruhig und klar.

„Reden Sie nicht so viel über die Sache," meinte der alte Hausierer. „Das regt Sie nur auf. Jetzt ist alles wieder gut."

„Nein," rief Grace. „Wir müssen doch verstehen, was vorgefallen ist. Harvey," plötzliche Angst durchzitterte ihre Stimme, „ich bin doch nicht wahnsinnig?"

„Nein, nein, Liebste," beruhigte er sie.

„Aber wie kann ein normaler Mensch so handeln, wie ich handelte, und nachher nichts mehr davon wissen?"

„Erinnerst du dich noch der Zeit, da du das Schlafzimmer betratest?"

„Ja."

„Weißt du, womit sich deine Gedanken damals beschäftigten?"

Die junge Frau überlegte eine Weile, erklärte dann:

„Als ich dich verließ, quälte mich das unheimliche Angstgefühl, das ich schon am Abend vorher empfunden hatte. Ich versuchte mir selbst Vernunft beizubringen, an dich und unser gemeinsames Leben zu denken. Derartige Angstgefühle sind mir nichts Fremdes, sind mit jedem starken Kopfschmerz verbunden. Während ich mich auskleidete, wurde ich so müde, daß ich bloß das Kleid abstreifte, in meinen Schlafrock schlüpfte und mich so aufs Bett warf. Ich muß dann gleich eingeschlafen sein."

„Versuche dich zu erinnern, Liebste, woran du knapp vor dem Einschlafen dachtest?"

Sie schwieg einen Augenblick; dann wurden plötzlich ihre Augen groß und schreckhaft und sie preßte Harveys Hand fester zusammen.

„Ja," sagte sie tonlos, „ich weiß es. Ich dachte an John! Ja, an John ..." Ihre Stimme wurde jählings schrill, gellte zum Schrei auf. „John, John, ich sah ihn vor mir. Aber nicht wie sonst, gütig, liebevoll, er deuchte mich ein ... ein Feind, ein Ungeheuer ... Mir war, als haßte und fürchtete ich ihn. Nun weiß ich auch schon, was heute nacht geschah: der Schatten des Toten stieß dich zurück, der Schatten des Toten trieb mich in die Nacht hinaus."

Sie verbarg aufstöhnend das Gesicht in den Händen.

Tief ergriffen blickte Harvey auf sie nieder. Sollte sie recht haben? Sollte ihre Phantasie den Toten heraufbeschworen haben, das Schreckgespenst, das für einen Augenblick ihren Geist verwirrt hatte?

Sie schaute hilfesuchend zu ihm auf.

„Hilf mir, Harvey, verscheuche das Gespenst, das zwischen uns steht. Heute sehe ich John wieder, wie er stets war, weiß, er würde mir mein Glück gönnen. Aber gestern nacht ..." Sie schauderte. „Wenn du ihn gesehen hättest ... und ich haßte ihn so ... ich muß verrückt gewesen sein ... Du bist Arzt, verstehst dich auf derlei Dinge, Wahnideen oder wie sie heißen. Mußt sie zu heilen vermögen. Behandle mich, hypnotisiere mich, tue, was du willst, nur rette mich vor dem Entsetzen."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

KPD / Bezirk Ostsachsen / Sekretariat
Abgeordneten-Bezirk ... Rd R., Dresden A., Columbusstr. ... / Tel. 26031 / Versammlungsanzeigen müssen spätestens drei Tage vor dem Erscheinungsdatum im Sekretariat gemeldet sein. Auskünfte werden Arbeitersachen jeden Dienstag von 17 bis 19 Uhr

Kartenvorverkauf für die LLL-Kundgebung erfolgt durch:
Internationale Arbeiterhilfe, Güterbahnhofstraße 24.
Rote Hilfe, Wilsdruffer Straße 27, III.
Geubureau des RFB, Jakobsgasse 15,
Volksbuchhandlung, Viktoriastraße 21,
Expedition der Arbeiterstimme, Güterbahnhofstraße 2,
Restaurant „Erdkugel", Markgraf-Heinrich-Platz,
Restaurant „Trachauer Hof", Mickten, Roßmäßlerstraße,
Restaurant „Bürgerhof", Pieschen, Bürgerstraße,
Restaurant „Köpenicker Hof", Trachenberge, Hans-Sachs-Str.
Barbier Stürmer, Röhrhofsgasse,
Buchhandlung Bellmann, Gr. Meißner Straße 6.

Gemeindevertreterkonferenz für die Amtsh. Dresden sowie alle zum UB Dresden gehörenden Orte, Sonnabend 14. Januar 14 Uhr im Neustädter Personenbahnhof.

Donnerstag den 12. Januar:
Sprechchorprobe für die LLL-Kundgebung im Bürgergarten 19,30 Uhr. Alle in Frage kommenden Genossen müssen pünktlich erscheinen.

Sonnabend den 14. Januar:
Erweiterte FAK im Bureau, Columbusstraße 9, part., 19 Uhr. Tagesordnung: Vorbereitung der Internationalen Frauenwoche. Alle UB, AG und Stadtteile müssen eine Vertreterin (Vertreter) entsenden.
Klotzsche. Arbeitsgebietsversammlung im Rest. Fissel 19,30 Uhr.
Pirna. Agitprop-Konferenz im Volkshaus, Zimmer 2, 19,30 Uhr. Alle Agitpropleiter müssen pünktlich erscheinen.
Lausa. Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung im Gasthof zum heiteren Blick 19,30 Uhr.
Niederpoyritz. Oeffentliche Versammlung im Gasthof Rockau 19 Uhr. Genosse Fritz Schreiter spricht über seine Erlebnisse in Rußland.
Heidenau. Ortsgruppenversammlung im Restaurant zur Börse 19 Uhr. Thema: Die Opposition in der KPD.
Freiberg. Mitgliederkursus im Rest. Lokomotive 19,30 Uhr.

Kommunistischer Jugendverband
Donnerstag den 12. Januar:
Sprechchorprobe für die LLL-Kundgebung im Bürgergarten 19,30 Uhr. Pünktlich erscheinen.

Roter Frontkämpfer-Bund
Freitag den 13. Januar:
Ortsgruppe Freital. 19,30 Uhr Abteilungsversammlung im Kinderheim. Jeder Kamerad hat zu erscheinen.
Ortsgruppe Deuben-Zschaunitz. 19 Uhr wichtige Mitgliederversammlung. Bericht von der Untergaukonferenz im Vereinslokal. Erscheinen ist Pflicht.
Ortsgruppe Pirna. 17,30 Uhr Stellen der Kapelle zur Fahrt nach Dresden.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund
Donnerstag den 12. Januar:
Sprechchorprobe für die LLL-Kundgebung im Bürgergarten 19,30 Uhr. Alle in Frage kommenden Genossinnen müssen pünktlich erscheinen.

Rote Hilfe
Freitag den 13. Januar:
11. Verw.-Bezirk Dresden-Gorbitz. 19,30 Uhr Jahreshauptversammlung bei Möbius, Dorfplatz. Wichtige Tagesordnung. Referent vom Bez.-Vorstand.
Sonnabend, den 14. Januar
10. Verw.-Bezirk Dresden-Naußlitz. Jahreshauptversammlung mit wichtiger Tagesordnung im Restaurant Standfuß, Pietschstraße 11. Beginn 19,30 Uhr. Jeder Genosse ist verpflichtet, teilzunehmen.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker
Donnerstag den 12. Januar:
Gruppe Friedrichstadt. 20 Uhr Versammlung im Brandenburger Hof.
Freitag, den 13. Januar
Gruppen Löbtau, Naußlitz und Plauen. 20 Uhr im Gasthof Wölfnitz: Theaterabend für Mitglieder und deren Angehörige. Zur Aufführung gelangt: Herrenmoral oder Im Kampf ums Recht. Durch Mitglieder eingeführte Gäste herzlich willkommen!

Übergabe einer russischen Fahne an den RFB

am Freitag, dem 13. Januar 1928, 19,30 Uhr, im Kristallpalast, Schäferstraße

Aus dem Programm Konzert (Blasorchester), Rezitation (B. Strzelewicz), Lichtbildervortrag. Lenins Leben und Wirken — Eintritt 30 Pfennig

Rundfunk
Freitag den 13. Januar:
18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studienrat Friebel und Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene.
19—19,30 Uhr: Vortragsreihe: Die Zukunft Deines Kindes. 5. Vortrag. Gewerkschaftssekretär Karl Arndt, Dresden (Berufsberatungsstelle): Eignung und Ausbildung für Berufe der Metall- und Maschinenindustrie.
19,30—20 Uhr: Dr. Alfred Heuß: Die Faustsinfonie von Franz Liszt.
20 Uhr: Wettervoraussage, Schneeberichte und Zeitangabe.
20,15 Uhr: Sinfoniekonzert.
22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
22,15 Uhr: Tanzlehrkursus: Deta.
22,30—24 Uhr: Tanzmusik.

Achtung! Kolporteurkonferenzen!

Die Verlagsleitung sieht sich genötigt, in den nächsten Tagen für alle Unterbezirke Konferenzen mit unseren Kolporteuren einzuberufen, um wichtige organisatorische Dinge zu regeln.

Da es sich um eine äußerst wichtige Tagesordnung handelt, ersuchen wir unsere Kolporteure, diese Konferenzen bestimmt zu besuchen, und erwarten ferner, daß auch die Pol- und Orgleiter daran teilnehmen.

Weitere Einladungen ergehen nicht.

Unterbezirk Dresden: Donnerstag den 12. Januar 19,30 Uhr in den Räumen des Verlages, Güterbahnhofstraße 2, 1. Stock.
Arbeitsgebiet Bannewitz: Freitag den 13. Januar 19,30 Uhr in Hänichen bei Rudolph.
Arbeitsgebiet Leuben: Montag den 16. Januar 19,30 Uhr im Leubener Gasthof.
Unterbezirk Pirna: Sonnabend den 14. Januar 19,30 Uhr im Volkshaus.
Die Genossen nehmen an der Agitprop-Konferenz teil.
Unterbezirk Meißen: Dienstag den 17. Januar 19,30 Uhr in Meißen in Stadt Magdeburg, Fährmannstraße.
Unterbezirk Freiberg: Mittwoch den 18. Januar im Restaurant Lokomotive.
Unterbezirke Ebersbach und Zittau: Sonntag den 22. Januar 9 Uhr in Zittau, Amalienstraße 3.
Für die Unterbezirke Freital, Bischofswerda, Bautzen erfolgt nach Anweisung.

Die Verlagsleitung.

H Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen H

BANNEWITZ
Bau-Klempnerei / Installation, Haus- und Küchengeräte. Heinrich Weltermann, Klempnermeister, Inh. Marie verw. Weltermann, Hauptstr. 57 — 60356
Wo kaufen Sie billig Möbel? Felix Scheinert, Hauptstraße 51 — 60399
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Paul Gündel, Hauptstr. 24 — 60400
Hermann Egermann, Materialwarengeschäft, Hauptstraße 2 — 60401
Fleischerei Franz Dechert, Hauptstraße 55 — 60402
Gustav Troll, Lebensmittel u. Kolonialwaren, Hauptstr. 73 — 60403
Emil Schramm, Lebensmittel u. Spirituosen, Hauptstraße 67 — 60404
C. A. Melzer, Kolonialwaren, Drogen, Tabake, Baumaterialien, Briketts, Hauptstraße 35 — 60405
Karl Genauck, Lebensmittel und Kolonialwaren, Dorfstr. 3 — 60406
Bäckerei Willy Eulenberger, Dorfstraße 4 — 60407
Restaurant „Amselgrund", Lokal der organisierten Arbeiter, Amselgrund Nr. 14 — 60408
Ernst Straube, Bergstr. 14, Herren- u. Damengarderobe, Konfektion, Mode- u. Textilwaren — 60409
Emil Müller, Malermeister, Zimmer- und Dekorationsmalerei. Spezialgeschäft für Farben, Lacke, Pinsel usw. — 60413

DOHNA
Richard Koch, Friseurgeschäft, Königstraße 15 — 60384

KAMENZ
Restaurant Schloßberg, Verkehrslokal des RFB / Schloßberg 6 — 60433
Schuhwaren, Reparaturwerkstatt, Leo Steinke, Kaserne M. H. IV — 60434
Kolonialwaren, Molkereiprodukte, Fleisch- und Wurstwaren, R. Thomschke / Kaserne — 60435
Zigarrenhaus Synatzschke, Weststraße 5, Große Auswahl in Bruyère-Pfeifen — 60436
Trinkt Bier der Kamenzer Brauerei — 60437

NEUSALZA-SPREMBERG
Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt in bekannter Güte Georg Krahl, Hermann-Otto-Straße 4 — 60058
H. Schaffler, Inh.: B. Wilke, Rosenstr. 12, Einkauf von allen aller Art / Lohgerberei und Wollwaren — 60059
Adolf Ritscher, Obermarkt 19, Brot- und Weißbäckerei — 60060
Carl Jacob, Obermarkt 9, Elektrische Bedarfsartikel — 60061
Arno Hebold, Obermarkt 7 / Uhren, Gold- u. Silberwaren / Optische Waren / Photographische Artikel / Sprechmaschinen / Schallplatten — 60062
Adolf Ziesche, Zittauer Straße 16, Schnitt- und Wollwaren — 60063
Ad. Menzels Nachfg., K. Fiebiger. Größtes Lager u. billigste Einkaufsquelle f. Herren-, Damen- u. Kinder-Manufakt., Arbeiterbekleidung — 60064
Fleischerei und Gastwirtschaft Otto Wünsche, Rosenstraße 4 — 60065
Karl Symank, Fahrräder und Nähmaschinen — 60066
Arthur Ketzscher, Bäckerei, Konditorei und Weinstube / Bautzener Straße 173 — 60432
Carl Steudtner, Rind- und Schweinefleischerei, Zittauer Straße 221 — 60429
W. M. Russel, Hermann-Otto-Str. 18, Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte — 60430
Klara Richter, Kolonialwaren, Zigarren, Zigaretten, Hermann-Otto-Str. 7 — 60431

SEIFHENNERSDORF
Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt RICHARD FRANZE, Nr. 193 — 60112
Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt Fritz Franze, Rumburger Str. 297 — 60113
Hermann Stolle, Nr. 146, Schuhmacherei und Schuhlager — 60114
KURT DIESSNER, Hauptstraße 511, Schnittwaren und Damenkonfektion — 60116
Gustav Jurk Nachflg., Inh.: A. Thiem, Eisenwaren / Werkzeuge / Haus- und Küchengeräte / Nr. 603 — 60417
Möbelzentrale, Nähmaschinen / Fahrräder, Musikwaren, O. RUDOLPH, Nr. 550 — 60419
Bernhard Sieber, Seilen, Haus- und Küchengeräte zu bekannt äußersten Preisen, Leutersdorfer Straße 704 — 60420

BAUTZEN
Neue u. gebrauchte Möbel / Polsterwaren / Herren- u. Damenbekleidung, Schuhwaren / F. Wenzel, Töpferstraße 11 — 79674
Martha u. Alfred Jacher, Kornmarkt 11, Zinnw., Zigarren, Zigaretten u. Tabak ...

BRAND-ERBISDORF
Porzellan, Haus- und Küchengeräte, Möbellager, Th. Richter, Hauptstraße 173

ZITTAU
Schweizer Bazar, Baumwoll- und Wollwaren, Bettfedern, Weberstraße 16 — 60447
Speisehaus „Zum Hackepeter", Wiener Café, Markt 8 — 60448
Gustav Nerlich, Preiswerte Herren- u. Knaben-Bekleidung / Rathausplatz 2 — 60449
Fahrräder / Nähmaschinen / Grammophone, Teilzahlung gestattet, Preusker, Stephanstraße 4 — 60470

Ober-u. Niederfriedersdorf
Kretscham, Niederfriedersdorf, Bruno Kindermann, Nr. 42 — 60115
Reinh. Roscher, Niederfriedersdorf Nr. 101, Kolonial-, Glas-, Porzellanwaren, Farben — 60116
Alfred Thomas, Niederfriedersdorf, empfiehlt seine prima Fleisch- und Wurstwaren — 60117
Karl Wolf, Friseur, Jägerhaus, empfiehlt sich der Arbeiterschaft — 60414

TAUBENHEIM
Hermann Richter, Feine Fleisch- und Wurstwaren (Elektr. Betrieb), Taubenheim Nr. 134 b — 60421
Max Hauptmann, Taubenheim Nr. 7, Drogen und Kolonialwaren — 60422
Guido Mäder, Brot-, Weiß- und Feinbäckerei — 60423

GROSSPOSTWITZ
Lebensmittel, Tabake, Zigarren, Zigaretten, Carl Pönisch — 60358
Erich Hauffe, Brot- und Feinbäckerei — 60361
Rob. Horack, Schuhmachermstr. — 60359
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Gustav Schubert, Rascha — 60362
Drogerie Arnold, Farben / Lacke, Drogen — 60360
Fleischerei Friedr. Rothe, Rascha — 60363

BISCHOFSWERDA
Max Weigel, Bäckerei u. Café, Kamenzer Str. 11
Kolonialwaren-Handlung Felix Weiß, Kamenzer Straße 20 — 60393
O. R. Schulz, Kirchgasse 2, Fahrräder, Nähmaschinen — 60394
Heinr. Brandt, Bahnhofstraße 10, Konditorei und Café

HIRSCHFELDE
Drogerie Georg Hille, Drogen, Farben, Verbandstoffe, Fotoartikel / Zittauer Straße 225 — 60451
Schnitt-, Weiß- und Wollwaren, Auguste Feurich, Löbauer Straße 193 — 60452
Sattlerei und Polsterwaren, Max Wilhelm, Zittauer Straße 215 — 60453
Haus- und Küchengeräte, Alfred Krause, Klempnerei, Marktstr. 14 — 60454
Herren- und Damen-Frisier-Salon, Willy Merger, Marktstraße 43 — 60455
Uhren, Goldwaren, Geschenkartikel, Eigene Reparaturwerkstatt, Richard Brendler, Zittauer Straße — 60456
Hüte, Pelzwaren, Mützen, PAUL GOLDBERG, Görlitzer Straße 40 — 60457
Gasthof „Zum Hirsch" mit Fleischerei, Am Markt — 60458
Johannes Rentzsch, Spirituosen, Weine, Liköre — 60459

NEUGERSDORF
Holz, Kohlen, Koks, Briketts, Baumaterial, Oskar Wünsche, Nordstr. 5 — 60106
„Rößlers Saal", Georgswalder Straße 32, empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft seine Lokalitäten — 60107
Feinstes Tafelöl und Leinöl sowie garantiert echter Bienenhonig, u. Wagner, Goethestraße 8 — 60108
Bierhalle „Stadt Zittau", Georgswalder Straße 2, empfiehlt der Arbeiterschaft seine Lokalitäten — 60109
C. Jul. Röthig, Bismarckstr. 1, gr. Spezialhaus f. Damen-, Herren- u. Kinderbekl. Mod. Stofflag. Anfertig. n. Maß. Allerbilligste Preise — 60110
Adolf Schuster, Albertstraße 32, Spezialhaus für Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung. Anfertigung nach Maß. Größtes modern. Stofflager, denkbar billigste Preise — 60111
Molkereiprodukte Martin Pollack, Martin-Luther-Straße 21 — 60419

EBERSBACH
Walter Liebscher, Hauptstraße 32b, Fahrradhandlung u. Repar.-Werkstätte — 60047
Otto Böhme, Hauptstraße 23, Kolonialwaren — Destillation — 60048
Friedrich Kolbe, Schuhwaren, Hauptstraße 35 — 60118
Johannis-Apotheke, H. Kupfer, Hauptstraße 90, Homöopathie, Biochemie — 60412
Johann Grohme, Schulstraße 902, Schuhwaren und Reparaturen — 60418

LÖBAU
FRITZ BRAMBACH, Bäckerei, Zittauer Straße 23 — 60119
WOLDEMAR STRUBE, Photograph, Poststraße 6 — 60120
A. Hafrichter, Zittauer Straße 4, Arbeiterbekleidung, Friseurgeschäft — 60121
Josef Postler, Mathildenstraße, Neustädter Markthalle, Gärtnerei — 60122
M. Farak, Manufakturwaren, Bautzener Straße 3 — 60123
Fritz Hornich, Friseurgeschäft, Innere Bautzener Straße 1 — 60124
Chemnitzer Strumpf- u. Wollwaren, GERHARD LOHS, Äußere Zittauer Straße 16 — 60125
Karl Eisner, Konfektionshaus, Nicolaistraße 8 / Fernspr. 2346 — 60126
E. LIEBE, FLEISCHEREI, Äußere Zittauer Straße 14 — 60127
Emil Fiebiger, Bau- und Möbeltischlerei, Äußere Zittauer Straße 11 — 60128
S. verw. Trenkler, Rittergasse 6, Manufakturwaren, Reste, Partiewaren — 60129
Reinh. Wünsche, Äußere Zittauer Str. 3, Fahrräder u. Nähmasch., Ersatzteile, Reparatur — 60130
Karl Rößler, Neumarkt 1, Stickereien, Gardinen, Wäsche — 60131
Linda Koban, Lebensmittel, Hausenstraße 8 — 60388
Reichelts Tabakwaren, Zittauer Straße 7 — 60397
Oliva's Schuhwaren, Bautzener Straße, Ecke Spurgasse 1 — 60461

OPPACH
ADOLF VÖLKEL, Neuer Bach, Kolonialwaren / Zigarren / Tabak — 60057
Erwin Schwär, Nr. 115, Textil-, Strumpf- u. Wollwaren, Arbeiterbekleidung — 60424
Willy Dierrether, Lebensmittel und Grünwaren, Neu-Oppach 33 — 60425
Fisch- und Delikatessenhandlung Adolf Bräuer, Neue Straße 181 — 60426
Paul Fiebiger, Kolonial- und Tabakwaren, Nr. 54 — 60427
Adolf Häntusch, Feine Fleisch- u. Wurstwaren — 60428